

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- Die US-Verfassung wird zum Gefechtsfeld innerhalb der föderativen Union
- Frankreich wählt einen neuen Staatspräsidenten
- Wohnungspolitische Strategie der Stadt Mannheim vor einer Neuausrichtung?
- Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst Länder
- Das NPD-Urteil ist ein Bärendienst für die Demokratie!
- Kalenderblatt 1961 Italien: Geburtsstunde der Prävention am Arbeitsplatz

*Mit Beilage „Rundschreiben Nr. 18 der Linke-Arbeitsgemeinschaft
Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“*

Ausgabe Nr. 2 am 16. Februar 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation



In 23 Orten und Städten, von Augsburg bis Hamburg, demonstrierten am 11. Februar Tausende Menschen gegen die Abschiebungen nach Afghanistan. Allein in Hamburg (Bild) beteiligten sich nach Polizeiangaben rund 2 000. Seit dem 14.12.2016 führt die Bundesregierung Sammelabschiebungen nach Afghanistan durch, obwohl sich der bewaffnete Konflikt laut dem letzten UNHCR-Bericht auf das ganze Staatsgebiet ausgeweitet hat und es keine zugänglichen „sicheren Gebiete“ mehr gibt. Etliche Bundesländer beteiligen sich deshalb derzeit nicht an den Sammelabschiebungen, die vor allem von Bayern, NRW, Hamburg und Hessen getragen werden.

scc

Asylpolitik: Entscheidung Thüringens ist richtig und wichtig

10. Februar 2017, Linke Fraktion im Thüringer Landtag. Die Einigung von Bund und Ländern auf Beschleunigung von Abschiebungen lehnt Thüringen ab und hat mit einer entsprechenden Protokollnotiz reagiert (damit lehnte der thüringische Ministerpräsident Ramelow eine Beteiligung seines Landes an einer entsprechenden Bund-Ländervereinbarung ab, wie er gegenüber der „Berliner Zeitung“ erklärte, d. Red.). Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, erklärt:

„Deutschland braucht keine ‚nationale Kraftanstrengung‘ für noch mehr Abschiebungen und keine weitere Verschärfung des Asylrechtes. Dies wird die Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber Flüchtlingen nicht erhöhen, sondern Ressentiments und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen weiter schüren. Eine ‚nationale Kraftanstrengung‘ hätte dem ‚Wir schaffen das‘ folgen müssen, und zwar in Bezug auf Unterstützung der vielen ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten. Leistungen und Programme für eine erfolgreiche Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen, Regelungen für die sogenannten ‚Altfälle‘ und eine wirkliche Beteiligung Deutschlands bei der Beseitigung von Fluchtursachen – das sind die Baustellen, wo die Bundesregierung endlich handeln sollte.

Deswegen ist die Entscheidung Thüringens richtig und wichtig, sich an Konferenzen nicht zu beteiligen, die nur Schaufenster einer gescheiterten Flüchtlingspolitik sind. Den von Frau Merkel und der großen Koalition ausgerufenen Wettbewerb der Schäßigkeit im Umgang mit Geflüchteten dürfen VerfechterInnen einer menschenrechtsorientierten Politik nicht mitmachen.“

Brexit nun beschlossene Sache

www.kas.de. Am 24. Januar hatte der Oberste Britische Gerichtshof (Supreme Court) die Regierung May gezwungen, dem Unterhaus ein Brexit-Gesetz vorzulegen. Gleichzeitig war in dem Urteil festgestellt worden, dass die Regionalparlamente von Schottland, Wales und Nordirland nicht zu beteiligen seien. Versuche, den Abstimmungstext um inhaltliche Bindungen – vornehmlich ging es um das Verhandlungsziel der Gewährleistung von Aufenthaltsrechten – zu erweitern, blieben erfolglos, am 1. Februar wurde das Gesetz mit 498 zu 114 Stimmen verabschiedet. Woher kamen die Stimmen der Opposition?

„47 Labour-Abgeordnete widersetzten sich der offiziellen Parteilinie und stimmten zusammen mit 50 SNP (Schottische Nationalpartei, PB), einem Tory, sieben LibDem und neun übrigen Abgeordneten gegen das Gesetz.

Von diesen 114 Abgeordneten vertraten 105 Wahlkreise, in denen beim Referen-

dum vom 23. Juni 2016 die Remain-Seite vorne gelegen hatte, was auch in der Argumentation insbesondere der Labour-Abgeordneten das entscheidende Argument war: „Man müsse sich „mit dem Gedanken vertraut machen, dass der Austritt der Briten wie von der Regierung angekündigt umfassend (Austritt aus EU, Gemeinsamen Markt und Zollunion) sowie ggf. auch ohne Übergangsregelung oder – aus Zeitmangel – neu verhandeltem EU-UK-Freihandelsabkommen vollzogen wird.“ *

Wie ist es möglich, dass die Mehrheitsbildung im Parlament, das gegen den EU-Austritt eingestellt war, im Ergebnis die Stimmenverhältnisse weit übertrumpft hat? Dies geschah, um die Regierung in den anstehenden Verhandlungen zu stärken. Ob dieser Effekt eintritt, ist fraglich.

Das schottische Nationalparlament hat mit einer Mehrheit von 90 zu 34 Stimmen trotz seiner Ablehnung gegen das Gesetz zum Ausdruck gebracht, und in den Staaten der EU werden Stimmen lauter, die harte Verhandlungen fordern.

Eine Normenverschiebung droht. Seit dem Untergang des Nazi-Regimes hat sich in Europa die Idee gefestigt, dass zwischenstaatliche Beziehungen als Suche nach gegenseitigen Vorteilen gestal-

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), E-Mail: t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), E-Mail: pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich).

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

tet werden können. – Bei den Brexit-Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union wird sich zeigen, ob diese Norm der durch den Austritt gegebenen Belastung standhält oder ob es zu einer wilden Konkurrenz kommt.

Wo bleibt ein Antrag der Europäischen Linken, der ausführt, auf welche Weise man den berechtigten Anliegen der britischen Seite bei den nun zu führenden Verhandlungen entgegenkommen könnte?

Martin Fochler

*www.kas.de/grossbritannien/de/publications/47818/
(Länderbericht, H.-H. Blomeier)

In Gründung: Der Demokratische Kongress der Völker – Europa/ München (HDK)

Die HDK ist ein Kongress, bei dem VertreterInnen demokratischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen aus der Türkei, Kurdistan, aber auch Menschen aus den jeweiligen europäischen Ländern teilnehmen können. Aufgerufen sind dazu neben Frauenorganisationen die LGBTI, ethnische Gruppen, VertreterInnen der Armenier, Assyrer und anderer Herkunft aus der Türkei und Kurdistan, sowie alle religiösen Gemeinschaften, insbesondere die vom Regime bedrängten Aleviten, Eziden und Christen.

Ziel ist es, im Sinne der demokratischen Selbstverwaltung einen europaweiten demokratischen Rat aufzubauen, in dem alle VertreterInnen ihre Schwerpunkte in die Debatte einbringen können.

Deshalb ist die HDK kein Aktionsbündnis, sondern ein Rat, der gemeinsam debattiert bzw. Beschlüsse fasst, die von den Parteien, Organisationen und Einzelpersonen umgesetzt werden. Wer gegen einen Beschluss votiert, ist auch nicht verpflichtet, diesen umzusetzen.

Es sollen Ausschüsse gegründet werden, die diese Schwerpunkte behandeln und in die Vollversammlung einbringen. Ausschüsse für Frauen, Jugendliche, LGBTI und Bildung–Aufklärung, um nur vier Beispiele zu nennen.

Der Kongress soll eine Brückenfunktion zwischen Türkei-Kurdistan und Europa erfüllen.

Neben der politischen Entwicklung in der Türkei und Kurdistan werden Probleme in den jeweiligen europäischen Ländern aufgegriffen.

Rassismus, Frauen-, ArbeiterInnenrechte, Krieg und Flucht sind Themen, die behandelt werden müssen.

Aktueller Schwerpunkt: Referendum zur Verfassungsänderung. Mobilisierung zum Nein!

Çetin Oraner, München, Stadtrat der Linken

Die Linke Baden-Württemberg: Landesverband wählt Landesliste zu den Bundestagswahlen

Am 28./29. Januar fand in Stuttgart-Möhringen die Versammlung der 180 Vertreterinnen und Vertreter aus den Wahlkreisen zur Aufstellung der Landesliste Baden-Württemberg für die Bundestagswahlen 2017 statt. Für die ersten acht Plätze wurden jeweils Einzelwahlgänge durchgeführt.

In Baden-Württemberg erhielt die Linke bei den letzten Bundestagswahlen 2013 im Landesdurchschnitt 4,2% der Erst- und 4,8 % der Zweitstimmen, bei den Bundestagswahlen 2009 6,4% bei den Erst- und 7,2% bei den Zweitstimmen. Bei den Landtagswahlen 2016 erhielt die Linke im Landesdurchschnitt 2,9% mit einer Bandbreite von 1,5 bis 2,5% im ländlichen Raum und 5 bis 7% in sechs größeren Universitätsstädten. Bisher stellte die Linke in Baden-Württemberg fünf Bundestagsabgeordnete. Für die Bundestagswahlen 2017 ist die Zielsetzung 5+x% und sechs Bundestagsabgeordnete.



Die ersten acht Plätze der Landesliste der Linken Baden-Württemberg von links nach rechts: Alexander Relea-Linder (Platz 8), Claudia Haydt (7), Heike Hänsel (2), Bernd Riexinger (1), Jessica Tatti (5), Tobias Pflüger (4), Gökay Akbulut (3), Michel Brandt (6).

Der Landesvorstand hatte nur für die ersten beiden Listenplätze, auf denen Bernd Riexinger (Co-Parteivorsitzender) und Heike Hänsel (eine der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden) ohne Gegenkandidaten antraten, eine Wahlempfehlung ausgesprochen. Für die weiteren Listenplätze gab es eine Vielzahl konkurrierender männlicher und weiblicher BewerberInnen und Stichwahlen bei den meisten Wahlgängen. In Bezug auf die Gesamtliste standen die Wahlen nicht zuletzt auch im Zeichen eines anstehen-

den Generationswechsels. Drei der bisherigen fünf Bundestagsabgeordneten traten nicht mehr an, dafür kandidierten viele deutlich jüngere BewerberInnen. Auf Platz drei wählte die Versammlung Gökay Akbulut, Gemeinderätin aus Mannheim, auf Platz fünf Jessica Tatti, Gemeinderätin aus Reutlingen.

Der praktische Einfluss von sog. „Strömungen“ auf Entscheidungen des Landesverbandes hat in den letzten Jahren wahrscheinlich eher abgenommen. In dieser KandidatInnenaufstellung aber spielten offensichtlich doch auch Entscheidung nach zugerechneter politischer Gruppen- und Positionstendenz eine Rolle. Das zeigten bereits die Wahlergebnisse auf dem ersten (Bernd Riexinger 77,5%) und auf dem zweiten Platz (Heike Hänsel 87%). Bernd Riexinger hatte als Parteivorsitzender öffentlich und deutlich die Positionen von Wagenknecht zur Auseinandersetzung mit der AfD kritisiert.

Richard Pitterle, MdB der Linken, Mitglied im Finanzausschuss und im cum-ex-Untersuchungsausschuss des Bundestages, unterlag in der Stichwahl um Platz vier gegen Tobias Pflüger, einen der stellvertretenden Parteivorsitzenden, und in der Stichwahl um Platz sechs gegen Michel Brandt aus Karlsruhe.

Zwischen Sommer und Jahresende 2016 hatten viele Mitglieder des Forums demokratischer Sozialismus (fds) – für viele überraschend – gemeinsam mit Mitgliedern der „antikapitalistischen Linken“ (akl) Werbung für eine „Zweiter-Spitzenkandidatur“ (Wagenknecht/Bartsch) gemacht und sich gegen eine „Viererlösung“ (Wagenknecht/Bartsch/Kipping/Riexinger) ausgesprochen. Das fds in Baden-Württemberg hatte für Richard Pitterle geworben. Ein Zusammenhang zu Stimmen, die Richard Pitterle sowohl auf Platz vier wie auf Platz sechs für eine Wahl auf einen aussichtsreichen Listenplatz gefehlt haben, dürfte nicht von der Hand zu weisen sein.

Die Klärung linker Positionierung im Kampf gegen Rechts und in der Entwicklung einer Bündnispolitik gegen Rechts ist also gerade in diesem Jahr der Bundestagswahlen dringender denn je. Diese Positionierung lässt sich wirksam nur sachlich, politisch direkt und nicht indirekt über parteiinterne Wahlgänge klären.

Christoph Cornides, Mannheim

Frankreich wählt einen neuen Staatspräsidenten

Umfragen zur Präsidentschaftswahl sehen den Front National (FN) mit Marine Le Pen als stärkste Kraft des ersten Wahlgangs. Der Kandidat der Republikaner (LR), François Fillon, wurde bisher auch für die Stichwahl gehandelt. Ob er seine Kandidatur aufrechterhalten kann, ist nach den Vorwürfen um die Einkünfte der Familie nicht sicher.

Emmanuel Macrons Aussichten in den zweiten Wahlgang zu gelangen, sind gestiegen – nicht nur wegen Fillon. Macron gelingt es offensichtlich, mit der von ihm gegründeten Bewegung „En Marche“ zu mobilisieren. Macron kommt von der ENA, der Elitehochschule für Verwaltung, er war Investmentbanker und Wirtschaftsminister unter Valls und Präsident Hollande. Er spricht die global orientierten modernen Milieus an und positioniert sich deutlich: Macron will die europäische Integration Frankreichs vorantreiben, „da Frankreich allein die globalen Herausforderungen nicht meistern könne“. Macron und Fillon treffen sich auch in der Wirtschaftspolitik und zum Beispiel im Arbeitsrecht: Dieses soll auf grundsätzliche Normen beschränkt werden. Macron möchte das Rentenalter „im Hinblick auf den Beruf bestimmen“ – zwischen 60 und 67 Jahren. Fillon fordert eine Erhöhung des Eintrittsalters von 62 auf 65 Jahre ... Macron könnte es gelingen, wichtige Teile der konservativen katholischen Wähler in der Stichwahl zu gewinnen.

Le Pen muss in der Stichwahl weit in die konservativ-katholische bürgerliche Wählerschaft einbrechen. Sie hat ein 144-Punkte-Programm vorgestellt, um Frankreich wieder in „Ordnung zu bringen“. Dass seit November 2015 Ausnahmezustand herrscht, kommt Le Pen entgegen.

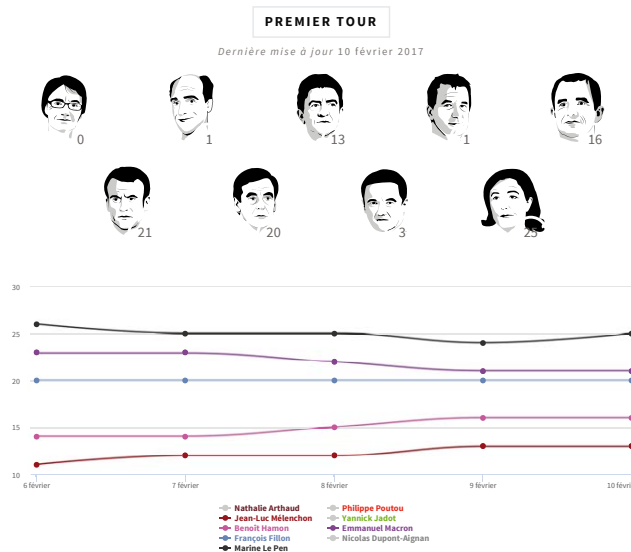
Gemeinsamkeiten des FN mit den Konservativen: Bei der Reduzierung öffentlicher Ausgaben etwa. Die Zukunft der Kernenergie: Le Pen will daran festhalten, denn Atomkraft stößt kaum CO₂ aus. Fillon will

die Laufzeit der AKW von 40 auf 60 Jahre verlängern, Fessenheim nicht schließen und Atomenergie als französische Exzellenzsparte weiterentwickeln ...

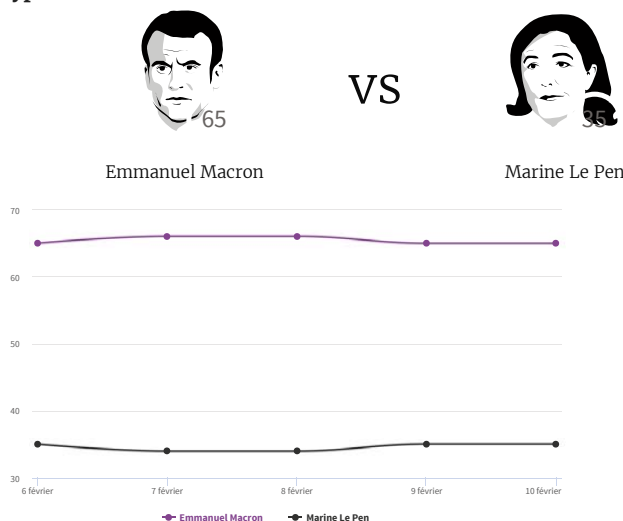
lenzsparte weiterentwickeln ...

Die Linken: Die sozialistische Partei PS mit Benoît Hamon und Jean-Luc Mélenchon mit seiner Bewegung „La France insoumise“ – das „widerspenstige Frankreich“ – liegen um die 15% bzw. 10%, keine Aussicht auf die Stichwahl! Die Programmatik ist klassisch. Europa rekonstruieren, Sozialwirtschaft ausweiten, 35-Stundenwoche beibehalten, existenzsichernder Grundlohn, progressive Gestaltung der Einkommenssteuer, Mindestlohn erhöhen, Einkünfte über 400 000 € jährlich zu 100% besteuern ...

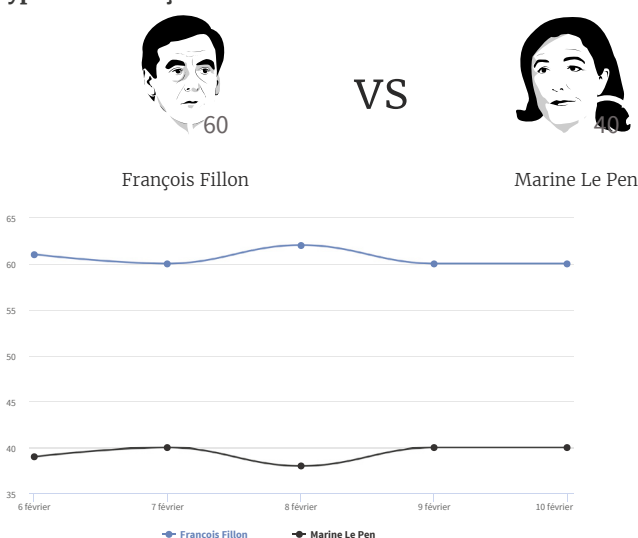
Bleibt zu hoffen, dass die Voraussagen, die Le Pen im zweiten Wahlgang deutlich scheitern sehen, eintreffen.



Hypothèse Emmanuel Macron vs Marine Le Pen



Hypothèse François Fillon vs Marine Le Pen



Aktuelle Umfragen (6.–10.2.): oben Prognosen für den ersten Wahlgang: Le Pen 25% vor Macron (21%) und Fillon (20%). Darunter Prognosen für den zweiten Wahlgang, Le Pen gegen Macron (35 zu 65%) bzw. gegen Fillon (40 zu 60%). http://presicote.factoviz.com/index/more/id/qoo_lew_1.

Ein Blick auf die Rolle des Staatspräsidenten

Im Juni werden in Frankreich 577 Abgeordnete der Assemblée Nationale – das Parlament – neu gewählt. Im September sind turnusmäßig 170 der 348 Senatoren sowie 6 Senatoren der sogenannten Auslandsfranzosen in indirekter Wahl durch Abgeordnete des Parlaments und von Vertretern der Gebietskörperschaften zu wählen.

Der Staatspräsident im politischen System Frankreichs

Besonderes Interesse erfährt die Ende April und – aufgrund des Mehrheitswahlrechts – Anfang Mai in Stichwahl stattfindende Wahl des Staatspräsidenten. Seine Rolle in wichtigen Bereichen der unmittelbaren exekutiven Gewalt im Staat ist stark herausgehoben. Die französische Verfassung teilt die politische Gewalt in die „domaine réservé“, in der ausschließlich und alleiniger Staatspräsident entscheidet, und in die „domaine partagé“, in der sich der Staatspräsident mit Regierung und Ministern verständigen muss. Der Präsident garantiert das Funktionieren der Institutionen und öffentlichen Einrichtungen der Republik. In seine ausschließliche Verantwortung fallen die nationale Verteidigung sowie die Außenpolitik. Er kann auf internationaler Ebene privilegiert Ver-

träge und Vereinbarungen verhandeln und ratifizieren, er ist der Repräsentant Frankreichs auf diplomatischem Parkett.

Seit 2002 trägt der Staatspräsident auch die Verantwortung für innere Sicherheit. Er wird in direkter Wahl seit 2002 für nur noch fünf Jahre gewählt, vorher waren es sieben. Eine Wiederwahl ist beliebig oft möglich – es dürfen höchstens zwei Amtszeiten direkt aufeinander folgen.

Voraussetzungen zur Kandidatur

Wer zum Staatspräsident kandidiert, muss die formalen Voraussetzungen erfüllen – die französische Staatsbürgerschaft, das 18. Lebensjahr vollendet, im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte. Weitere Voraussetzung ist die Unterstützung durch 500 Mitglieder aus gewählten Körperschaften: z.B. Mitglieder der beiden Parlamentskammern, Abgeordnete des Europaparlaments, Bürgermeister von Gemeinden, Präsidenten der Departement- oder Regionalräte und

einiges mehr. Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 waren es etwa 42000 Personen, die für die Unterstützung einer Kandidatur in Frage kamen. Zusätzlich müssen die 500 Unterstützer mindestens 30 verschiedene Departements bzw. Überseegebiete vertreten, höchstens 10% dürfen ein und dasselbe Departement vertreten. (1)

Vorwahlen

Die französische Parteienlandschaft ist traditionell sehr zerklüftet. Zwei große politische Lager haben Vorwahlen – „primaires“ – durchgeführt, um im stark personalisierten Wahlkampf um die Staatspräsidentschaft aus der Zahl der Bewerber den aussichtsreichsten Kandidaten herauszufiltern. Um an der Vorwahl einer Partei teilnehmen zu können, stellen die Parteien Bedingungen: so ist eine Voraussetzung, die Wertecharta des jeweiligen politischen Lagers zu unterzeichnen sowie eine Registrierungsgebühr zu zahlen (Konservative: 1 Euro,

Sozialisten: 2 Euro). Bei den Vorwahlen der Konservativen setzte sich im November 2016 Francois Fillon gegen Nicolas Sarkozy und Alain Juppé durch, bei den Sozialisten Benoît Hamon in der Stichwahl gegen den früheren Premierminister Manuel Valls. Die Vorwahl bei den Grünen gewann Yannick Jadot. Mit dem Ausgang der Wahl haben die Grünen wenig zu tun, 2012 beim ersten Wahlgang kamen sie auf gerade 2,3% der Stimmen.

Vier Wochen vor dem ersten Wahlgang veröffentlicht der Verfassungsrat die endgültige Liste der Kandidaten, die die Voraussetzungen einer Kandidatur erfüllen. 2012 hatten zehn Bewerber die Kriterien für den ersten Wahlgang erfüllt. Für die Präsidentschaftswahl 2017 sind derzeit fünf Kandidaten in Sicht. Wer schließlich auf dem Wahlzettel landet, ist derzeit durchaus ungewiss.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

(1) Online-Ausgaben der französischen Zeitungen: le point; le figaro; le monde. Zum Nachlesen: www.ambaf-rance-de.org; <http://www.dfi.de>.

Die US-Verfassung wird zum Gefechtsfeld innerhalb der föderativen Union

Die aktuellen Auseinandersetzungen um die von Präsident Trump verfügte Einreisesperre für Bürger aus insgesamt sieben muslimisch geprägten Staaten haben den parallel vor sich gehenden Konflikt zwischen der Washingtoner Bundesregierung einerseits und den föderativen Ebenen der Bundesstaaten, der Städte und der Landkreise andererseits zusätzlich befeuert. Es geht hierbei darum, dass sich diese föderativen Ebenen als

sogenannte Schutzzonen (Sanctuaries) für Immigranten ohne Personalpapiere verstehen und sich insofern weigern, an der diesbezüglichen zentralstaatlichen Deportationspolitik mit zu wirken. Zweierlei wird hierbei immer deutlicher:

Zum einen suchen diese angesprochenen föderativen Ebenen die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung mit der Zentralregierung deshalb, weil der Erhalt und die Fortentwicklung ihrer so-

zialen und ökonomischen Wirklichkeit für sie ein absolut existentielles Anliegen darstellt. Zum andern suchen sie diesen Konflikt, weil sie innerhalb der föderativen Union die Ausbalancierung der Interessen und Rechte aller beteiligten Akteure gewahrt wissen wollen.

„Der Ausgang dieser Schlacht um die Schutzzonen-Städte könnte für San Francisco und die weitere Bay-Area in Zahlen des Zuflusses von Menschen und investivem Kapital immense Bedeutung haben. In der Bay Area leben geschätzte 563 000 Immigranten ohne Personalpapiere... Falls die Stadt genötigt wird, mit den Beamten der zentralstaatlichen Einwanderungsbehörde zusammenzuarbeiten, könnte das... eine Massendeportation zur Folge haben, die an die Substanz ginge. Wenn die gesamte Bay Area davon betroffen würde, käme dies für San Francisco einem prozentual weitreichenden Verlust an täglicher Arbeitskraft sowie an vorhandener Verbraucherbasis gleich.“¹

Wenn man das Selbstbildnis zugrunde legt, dann handelt es sich bei diesen „Schutzzonen“ um soziale und ökonomische Gebilde ganz eigener Art, die sich durch eine spezifische Kultur des Miteinanders auszeichnen – sowohl im arbeitsteiligen wie auch im nachbarschaftlichen Alltag der jeweiligen föderativen Gemeinschaft (Community):

„In den letzten Jahren hat der Bundesstaat Kalifornien einen Mindestlohn von



„ICE abschalten/runterfahren“ – United States Immigration and Customs Enforcement (ICE) ist eine Polizei- und Zollbehörde des Ministeriums für Innere Sicherheit (DHS) der Zentralregierung. Sie ist verantwortlich für „das Ermitteln, Identifizieren und Enttarnen von Grenzverletzungen und Gefährdungspotentialen des Verkehrswesens und der öffentlichen Infrastruktur“.

15 Dollar in Kraft gesetzt sowie eigene saubere Energiestandards. Er hat für Arbeiter eine automatische Rücklagenbildung für den Übergang in den Ruhestand etabliert. Und er hat den Zugang zur Obamacare auch für illegale Immigranten ermöglicht. Eine gewisse Anzahl von kalifornischen Städten hat für Arbeiter die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall veranlasst... In knappen Worten gefasst: Kalifornien wird die Rolle eines fortschrittlichen Sonderfalls in einem trumpifizierten US-Amerika spielen. Auf längere Sicht allerdings, wenn die Nation sich immer mehr aus Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammensetzt..., stehen die Chancen gut, dass Amerika näher heranrückt an Kaliforniens Standards in Sachen Toleranz und Egalitarismus.“²

Wie der bereits zitierte Forbes-Beitrag betont, habe die Klageeinreichung Kaliforniens (30.1.2017) gegen Trump alle übrigen öffentlichen Themen in den Hintergrund gedrängt. Diese Einreichung habe die Radio-Berichterstattung total dominiert. Wenn man bedenkt, dass Kalifornien bereits seit dem 13.1.2017 im gesamten bundesstaatlichen Territorium die Nutzung eines eigenen Rechtshilfefonds für illegale Immigranten und deren anwaltliche Vertretung ermöglicht, wird hier Folgendes deutlich:

Alle Gegenwehr-Verfahren, die aus der Nutzung dieses Fonds fließen, ergänzen sich (um hier beim Bild der Überschrift dieses Beitrags zu bleiben) mit der übergreifenden Klageeinreichung zu einem Teppich von verfassungsrechtlichen Stolperdrahtfeldern. Darin sollen sich – das ist das bürgerrechtliche Kalkül! – die Treibjagd- plus Deportationsaktivitäten der Trump-Administration gegen illegale Immigranten vom ersten Beginn an fangen und verlangsamen. Was die Nutzung eines eigenen Rechtshilfefonds anbelangt, folgt Kalifornien damit dem Beispiel von New York City: Dort hatten bürgerrechtliche Gruppen in 2013 ein Pilotprogramm auf den Weg gebracht, das betroffenen Immigranten eine kostenlose anwaltliche Vertretung bei den städtischen Einwanderungsgerichten ermöglichte. Innerhalb eines Jahres gewannen die am Projekt beteiligten Anwälte fast 70 Prozent aller diesbezüglich anhängigen Sachen. Dieser Ansatz war so erfolgreich, dass die Stadt New York die komplette Finanzierung des hierfür bereit stehenden Rechtshilfefonds übernahm. Außerdem ließen sich Städte wie New Jersey, Chicago, Los Angeles und San Francisco davon inspirieren und übertrugen das Modell jeweils in ihren Hoheitsbereich. In San Francisco ging die Initiative zur Einsetzung eines solchen Rechtsschutzfonds von Bürgermeis-

ter Ed Lee persönlich aus.

Vor dem jüngsten Endspiel in der US-amerikanischen Football-Meisterschaft (Super Bowl) hat Präsident Trump die außerordentlich hohe Einschaltquote für die Gewährung eines Interviews mit dem TV-Sender Fox News genutzt. Fox News: „Wie Sie wissen, strebt Kalifornien eine verfassungsrechtliche Klärung seines Status als Schutzzonen-Staat an. Somit befinden sich Kalifornien und die USA auf einem Kollisionskurs. Wie sehen Sie das? Trump: Nun, ich denke es ist irrwitzig. Wie Sie wissen, bin ich komplett gegen Schutzzonen-Städte. Sie verursachen Kriminalität, es gibt dort eine Menge an Problemen. Wir müssen uns durchaus eine Streichung von Zuwendungen überlegen, wir geben [immerhin] riesige Beträge an Geld nach Kalifornien... Kalifornien ist, wie Sie wissen, in vielerlei Hinsicht außer Kontrolle... Fox News: Somit ist die Streichung von Zuwendungen die Waffe Ihrer Wahl? Trump: (...). Ich will ihnen das Geld geben, das sie brauchen, um als Stadt oder als Bundesstaat richtig zu funktionieren. Wenn sie Schutzzonen-Städte einrichten, werden wir das tun müssen. Sicherlich wäre das eine Waffe.“³

Die „Washington Post“ merkt zu diesen Feststellungen des US-Präsidenten ziemlich kühl zweierlei an: Erstens würden die Schutzzonen-Städte keine [zusätzliche] Kriminalität verursachen. Eine Analyse von FBI-Daten belege, dass die Kriminalität in Schutzzonen-Städten grundsätzlich niedriger liegt als in Nicht-Schutzzonen-Städten. Zweitens würden die letzten entsprechenden Vergleichsda-

ten von 2014 zeigen, dass Kalifornien der Bundesregierung [in Washington] mehr Geld gibt als es nimmt.

Dieser Gesichtspunkt wird in einem aktuellen Beitrag der „Huffington Post“ aufgegriffen: Vom Tatsächlichen her sei Kalifornien die achtgrößte Volkswirtschaft in der Welt. Es erhält annähernd 78 Cent zurück für jeden Dollar, den das Bundesland an die Bundesregierung [in Washington] zahlt. Von offizieller Seite werde insofern darauf aufmerksam gemacht, dass die USA – aus einer ökonomischen Perspektive betrachtet – Kalifornien mehr brauchen wie umgekehrt. Kalifornien begreift sich, soviel wird auch aus diesem Beitrag deutlich, als die „ökonomische Maschine des gesamten Landes“. Vor diesem Hintergrund arbeite der Gouverneur Jerry Brown zusammen mit Abgeordneten an einem Haushaltsplan, der einige Schutzmöglichkeiten gegen Kürzungen von zentralstaatlichen Zuwendungen enthält. In einer offiziellen Stellungnahme habe er versprochen, „jeden Menschen zu verteidigen...“, der hierher gekommen ist, um hier ein besseres Leben führen zu können und der für diesen Zweck beigetragen hat zum Wohlstand unseres Bundesstaates.“⁴

Hunno Hochberger, Bohmte

1) Forbes, 31.1.2017: San Francisco, A Leading Immigrant Hub, Sues Trump Over Sanctuary City Order

2) Los Angeles Times, 13.11.2016: California versus President Trump

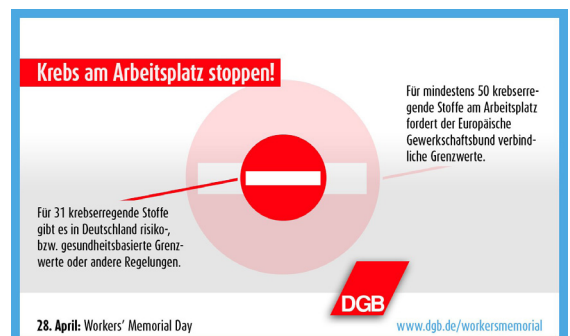
3) The Washington Post, 6.2.2017: California and President Trump are going to war with each other

4) The Huffington Post, 6.2.2017 – Trump Attacks 'Out Of Control' California In Sanctuary Fight
jeweils eigene Übersetzung

EU-Krebsrichtlinie: Grenzwert-Konflikte

Der Anteil der Krebserkrankungen, die berufsbedingt sind, ist in keiner anderen Region der Welt so hoch wie in Europa. Von den jährlich zuletzt etwa 1,4 Millionen Krebstoten sind geschätzte 7,5% berufsbedingt, etwa 102.000 vermutet die ILO. Zum Vergleich: die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle lag zuletzt bei etwa 3.500. Entsprechend gibt es seit Jahren die Forderung, die EU-Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer vor krebserzeugenden und mutagenen Arbeitsstoffen zu revidieren. Die zuletzt 2004 geänderte Richtlinie (2004/37/EG) enthält bisher lediglich drei Arbeitsplatzgrenzwerte. Die Gewerkschaften fordern, sie müsse mindestens fünfzig besonders relevante Stoffe enthalten, ebenso eine Erweiterung des

Geltungsbereiches auf reproduktionstoxische Stoffe. In diesem Zusammenhang hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) im letzten Jahr mit einer Kampagne gegen berufsbedingte Krebse begonnen. Eine Reihe von Mitgliedsstaaten hat die Kommission in 2015 aufgefordert, die seit 2006 auf Eis liegende Revision nun endlich vorzunehmen. Am 13. Mai



des letzten Jahres legte die Kommission dann einen Revisionsentwurf vor, in dessen Anhang 13 Stoffe/Grenzwerte gelistet sind (elf neue und zwei abgesenkte Grenzwerte für schon gelistete Stoffe) und kündigte gleichzeitig an, bis Ende 2016 eine zweite Liste mit zwölf weiteren Stoffen vorzulegen, sowie eine dritte Liste in 2017. Am 10. Januar 2017 wurde diese zweite Liste nun vorgelegt, allerdings lediglich mit sieben weiteren Stoffen.

Die erste Liste vom 13. Mai 2016 wird derzeit im europäischen Parlament beraten, und die Berichterstatterin (Marita Ulfskog, Schweden – sozialdemokratische S&D-Gruppe) hat weitgehend gewerkschaftliche Positionen übernommen. Die Zahl der im Arbeitsprozess den einzelnen Stoffen ausgesetzten Beschäftigten variiert sehr, es sind aber so relevante Stoffe dabei wie Quarzstaub, geschätzte 5,3 Millionen Betroffene, oder Holzstaub, geschätzte 3,3 Millionen Betroffene. Gerade für diese Stoffe hat die Kommission nun Grenzwerte vorgeschlagen, die nicht gesundheitsbasiert sind, sondern auf politischen Kompromissen basieren. Für Holzstaub sind dies drei Milligramm pro Kubikmeter Raumluft (mg/cbm), wohingegen die Berichterstatterin 2 mg/cbm für fünf Jahre und dann eine weitere Absenkung auf 1 mg/cbm vorschlägt. Für Quarzstaub: Kommission 0,1 mg/cbm, Berichterstatterin 0,05 mg/cbm.

Nun laufen die Arbeitgeberverbände Sturm und behaupten die technische Nichtumsetzbarkeit der vorgeschlagenen Grenzwerte beziehungsweise die Nichtfinanzierbarkeit der nötigen Investitionen für moderne Absaugtechnik und so fort. Die Gewerkschaften fahren die Strategie, an den gesundheitsbasierten Grenzwerten festzuhalten und besondere Maßnahmen für die Tätigkeiten und Verfahren, in denen nachweislich die vorgeschlagenen Grenzwerte nicht eingehalten werden können, vorzuschlagen: Forschungsprogramme zur technischen Innovation, Verbreitung bewährter Verfahren, Kommissionsprogramme zur Umsetzung der neuen Grenzwerte, Übergangsfristen für spezifische Tätigkeiten. Die Abstimmung im Beschäftigungsausschuss des Parlaments ist für den 27./28. Februar terminiert, dann kommt die Abstimmung im Plenum und folgend die Aushandlung zwischen Rat, Parlament und Kommission. Der Rat hat dem Kommissionsentwurf bereits ohne Änderungsvorschläge zugestimmt. *Rolf Gehring – Brüssel*

Pressemitteilung der Kommission vom 10. Januar und weitere Materialien zum Thema sowie die Richtlinie finden sich auf der Kommissionswebpage: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-2_de.htm

Bangladesch: Skandalöse Massenentlassungen

Bangladesch ist der zweitgrößte Kleiderproduzent der Welt. Auch nach mehreren tödlichen Unglücken in Textilfabriken sind die Arbeitsbedingungen immer noch himmelschreiend. Als jetzt Arbeiter gegen Hungerlöhne streikten, wurden sie zu Tausenden entlassen. Viele sitzen sogar im Gefängnis oder sind untergetaucht.

Der Gewerkschafter Babul Akhter ist immer noch fassungslos. Scharf verurteilt er die Niederschlagung des Arbeitskampfes in Ashulia, einer Stadt nahe der Hauptstadt Dhaka, wo Textilarbeiter für höhere Löhne demonstrierten. „Die Polizei hat die Notstandsgesetze missbraucht, um Arbeiterführer und Beschäftigte im wahrsten Sinne des Wortes niederzuknüppeln. Tausende Arbeiter wurden gefeuert und 50 Gewerkschafter sind untergetaucht, um einer Verhaftung zu entgehen“, sagt Akhter, der eine der Textilarbeitergewerkschaften von Bangladesch leitet. Mit einer Online-Petition versuchen die Gewerkschaften unter dem Dach von IndustriAll Global, die Inhaftierten frei zu bekommen.

Begonnen hatte der Protest gegen Hungerlöhne in einem der 350 Textilfirmen von Ashulia. Die Gewerkschaft verteilte Flugblätter, in dem eine Verdreifachung des bisherigen Lohnes gefordert wurde. Derzeit bekommen die Näherinnen 5300 Taka. Das entspricht etwa 63 Euro. Im Monat wohlgeerntet. Der Funke des Widerstands sprang rasch über auf die anderen Betriebe und mündete in einem von Demonstrationen begleiteten Streik.

Die Reaktionen von Staat und Unternehmen waren diesmal besonders drastisch und brutal. Die Polizei feuerte Gummigeschosse auf die Menge und nahm 30 Streikende fest, darunter sieben Gewerkschaftsfunktionäre. Ein Fernsehreporter, der über die Ereignisse berichtete, wurde ebenfalls verhaftet. Die Arbeitgeber verhängten Aussperrungen und Kündigungen. Nach offiziellen Angaben wurden 1500 Textilarbeiter in Ashulia entlassen. Gewerkschaftsvertreter schätzen die Zahl der Entlassungen dagegen auf 3500. Eine Woche lang mussten 55 Textilfabriken in Bangladesch wegen des Streiks der Näherinnen schließen. Die Firmen, die Leute wegen ihrer Beteiligung an dem Arbeitskampf entlassen haben, hängten Namen und Fotos der Betroffenen an die Werkstore, um sie öffentlich anzuprangern.

Der Gewerkschaftsdachverband IndustriAll Global reagierte mit einem

Protestbrief an die Bekleidungskonzerne, die in Bangladesch nähen lassen. In dem Brief werden die Unternehmen aufgefordert, sofort mit der Regierung Bangladeschs Kontakt auf zu nehmen. „Ziel ist die sofortige Freilassung der inhaftierten Arbeiterführer“, sagt der Generalsekretär von IndustriAll Global, Valter Sanches. „Alle Anklagen gegen Gewerkschafter und Aktivisten müssen fallen gelassen werden.“ Bisher verweigert die Regierung jedoch jeden Dialog.

Die jüngsten Repressionsmaßnahmen erinnern an die skandalösen Zustände von 2010, als Arbeiterführer in Bangladesch verhaftet, gefoltert und mit dem Tod bedroht wurden. 2012 wurde der Aktivist Aminul Islam brutal ermordet. Noch vor Augen sind die Bilder vom Einsturz der Fabrik Rana Plaza vor über drei Jahren. Damals gingen über 1000 Menschen in den Trümmern des maroden Gebäudes elend zugrunde. Die Textilbranche in Bangladesch steht wegen schlechter Bezahlung ihrer Beschäftigten und gefährlicher Arbeitsbedingungen schon lange in der Kritik von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen.

Die Textilarbeiter Bangladeschs gehören weltweit zu den schlecht bezahltesten. Der gültige Mindestlohn wurde zuletzt vor drei Jahren erhöht. Die Inflation von jährlich sechs Prozent hat die Kaufkraft der Löhne teilweise wieder aufgefressen. Die Unternehmen der Textilbranche wollen eine weitere Anhebung des Mindestlohns durch die Regierung mit allen Mitteln verhindern und verweisen auf ein Gesetz, das eine Erhöhung der Löhne nur alle fünf Jahre erlaubt. Studien zufolge gibt es in Bangladesch rund 7000 Textilfabriken.

Die Serie von Katastrophen und Skandalen mit Toten, Verletzten und Inhaftierten trüben inzwischen das schöne Bild der Modebranche. In Bangladesch lassen viele große Konzerne wie Gap, Zara und H&M nähen. Diese Unternehmen haben zwar versprochen, die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferbetrieben zu verbessern. Doch trotz internationalen Drucks hat sich wenig zum Besseren gewandelt. Deshalb bedarf es großer international vernetzter Organisationen auf Arbeitnehmerseite wie IndustriAll Global, die den Finger in die Wunde legen. Die IG Metall ist Mitglied bei IndustriAll und engagiert sich auch bei der Kampagne für saubere Kleidung, um die Arbeitsbedingungen in der Textilbranche weltweit zu verbessern.

<https://www.igmetall.de, 16.1.2017>

Österreich: Überlastung der BriefträgerInnen

Bereits im Vorjahr hat GPF-Vorsitzender Helmut Köstinger (Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) beim Postvorstand mehrmals zusätzliche Personalaufnahmen eingefordert, um die Belastung für die BriefträgerInnen zu verringern. „Was unseren Zustellerinnen und Zustellern zugemutet wird, ist schlichtweg inakzeptabel“, so Köstinger. „Die Gewichtsbelastung ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, dazu kommt die zusätzliche Belastung durch fehlendes Personal. So kann es nicht weitergehen.“

Quelle: www.oegb.at, 9.2.2017

Schweiz: Teilerfolg für die Generali-Angestellten

Am Dienstagvormittag hat der Versicherungskonzern Generali, in 68 Ländern der Welt aktiv und auf Platz 48 der Liste der größten Unternehmen der Welt, seine Angestellten in Nyon (Kanton Waadt) über eine Einschränkung seines geplanten Stellenabbaus informiert. Statt wie angekündigt 108 Arbeitsplätze nach Adliswil (Kanton Zürich) zu verlagern, werden 48 Stellen in Nyon bleiben. Für die Angestellten, die unterstützt von der Unia für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpften, ist dies ein Teilerfolg. Nachdem Generali Ende November den Stellenabbau in Nyon bekannt gegeben hatte, beauftragte die Belegschaft die Gewerkschaft Unia damit, ihre Interessen zu vertreten. Die Unia unterstützte das Personal bei der Wahl einer Verhandlungsdelegation und der Erarbeitung der Alternativvorschläge und Betriebsanalysen. Um seine Rechte durchzusetzen und Generali zu echten Verhandlungen zu zwingen, trat das Personal während zwei Halbtagen in den Ausstand – ein bisher einmaliger Vorgang im Schweizer Versicherungswesen.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 31.1.2017

Belgien: wegen Hotelrenovierung 200 Beschäftigte arbeitslos

200 Arbeiter im Sheraton Brussels Hotel in Belgien zahlen den Preis eines Konflikts zwischen dem Besitzer, der in Großbritannien ansässigen Immobiliengruppe International Real Estate Ltd, und Starwood, die vor kurzem von Marriott gekauft wurden. Der Hotelbesitzer und Starwood, der das Haus verwaltet, konnten sich nicht einigen, wer für Renovierung und Asbestentfernung bezahlen sollte. Das Hotel wurde in den frühen 1970er Jahren erbaut, seine Renovierung würde rund 50 Millionen Euro kosten. Neuverhandlungen über einen Manage-

ment-Vertrag zwischen Starwood und dem Besitzer kam nicht zustande. Daraufhin verließ das Hotel-Management das Hotel. Nach ein paar Tagen unter Selbstverwaltung wurde am 12. Dezember das Sheraton Brüssel offiziell für insolvent erklärt und 200 Arbeiter fanden sich arbeitslos. Wenn die Renovierung nach der Insolvenz länger dauert als der gesetzliche sechsmonatige Arbeitsschutz, muss das Hotel keine Mitarbeiter neu einstellen und kann neue Mitarbeiter mit niedrigeren Bedingungen beschäftigen. Die IUF unterstützt ihre belgischen Mitgliedsorganisationen beim Druck auf den Brüsseler Sheraton-Eigentümer, die eine Wiedereingliederung der Arbeitnehmer zu ihren ursprünglichen Beschäftigungsbedingungen bei Wiedereröffnung des Hotels fordern.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 20.1.2017

Großbritannien: Sieg bei Harrods!

Systematisch betrog die Geschäftsleitung des Londoner Luxuskaufhauses ihre Restaurant-MitarbeiterInnen um die Trinkgelder. 483 Beschäftigte im Gastronomiebereich zählt das Unternehmen in der Londoner Innenstadt. Viele davon erhalten nur den gesetzlichen Mindestlohn und sind auf Trinkgelder („tips“) angewiesen. Nachdem die Köche und Kellner von Harrods dem UVW (United Voice of the World) beigetreten waren, wurden sofort Forderungen auf Anspruch von 100% der Servicegebühren für das Personal erhoben. Harrods hatte zuvor bis zu 75% einbehalten. Dies entspricht etwa 5000 Pfund (5800 Euro) pro Arbeiter pro Jahr. In der UVW Unions sind hauptsächlich prekär Beschäftigte und schlecht bezahlte Migranten aus dem Dienstleistungssektor organisiert. Köche und Kellner organisierten mit Unterstützung der UVW den Streik und mobilisierten Hunderte von Menschen für eine massive Demonstration, die die Schließung von Knightsbridge (einer der teuersten Einkaufsstraßen in London) und Teilen von Harrods bedeutete. Nach Ankündigung von regelmäßigen und noch größeren Demonstrationen gab Harrods schließlich am 20. Januar nach und stimmte in Verhandlungen zu, die Trinkgelder in Zukunft zu 100% an die Beschäftigten auszuzahlen. Der Erfolg der UVW Union hat Strahlkraft für die ganze Branche und ermutigt prekär Beschäftigte in der Gastronomie zur Nachahmung.

Quelle: www.uvwunion.org.uk, 20.1.2017

Ukraine: Transportarbeiter kämpfen gegen Union Busting

Im April 2016 haben Beschäftigte des

staatlichen Verkehrsunternehmens Kyivpastrans in Kiew eine unabhängige Gewerkschaft (VPZU, Freie Gewerkschaft der Eisenbahner der Ukraine) gegründet, um gegen Verstöße gegen Arbeitssicherheitsregeln im O-Bus-Betriebshof Kurenivske vorzugehen. Die Verwaltung reagierte, indem sie sich verweigerte, die Gewerkschaft anzuerkennen; es kam zu Druckausübung, Bedrohungen und Einschüchterung der Mitglieder der Gewerkschaft. Gewerkschaftsmitglieder wurden erpresst, ihre Gehaltszulagen wurden ihnen vorenthalten, sie wurden vom Dienst suspendiert, aus ihren Wohnungen, die im Firmenbesitz sind, geräumt, und sie wurden tätlich angegriffen. In einem öffentlichen Brief – initiiert von Labourstart – wird der Bürgermeister von Kiew, Witalij Klitschko, aufgefordert einzuschreiten, um diesen Angriff auf die Rechte der ArbeiterInnen zu beenden. In dem Brief heißt es weiter: „Der Angriff stellt nicht nur einen Verstoß gegen ILO-Konventionen und die Bedingungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Ukraine dar, sondern versetzt auch dem Image der Ukraine in der Welt einen Schlag.“

Quelle: www.labourstartcampaigns.net, <https://ukrainesolidaritycampaign.org>, 10.2.2017

Türkei: Sieg für Metallarbeiter

Etwa 2200 Beschäftigte an drei Unternehmensstandorten und in 13 Werken in der Türkei begannen am Freitag, dem 20. Januar, Streikaktionen, nachdem die Tarifverhandlungen mit den wichtigsten Multis von elektrischen Geräten, Schneider, General Electric und ABB zusammengebrochen waren. Obwohl die türkische Regierung schnell einen Beschluss verabschiedete, der den Streik aufschob und verbot, setzten die Metallarbeiter die Arbeitskämpfe fort. Ein Durchbruch kam nach der Vermittlung von Gesprächen vom Ministerium für Arbeit am 23. Januar zwischen Gewerkschaftsvertretern und dem Management in der Hauptstadt Ankara. Es wurde eine Vereinbarung erzielt, die die Löhne, Sozialleistungen und Überstunden für Arbeitnehmer erhöht und weitere Vorteile bietet. Birleşik Metal İş Generalsekretär Özkan Atar sagte: „Seit vielen Jahren sind die Arbeiter in der Türkei nicht in der Lage, ihr Streikrecht auszuüben, weil die Regierung fast alle Streiks verboten hat, mit der Behauptung, dass sie eine Bedrohung für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit darstellen. Die großen Elektrogeräte-Unternehmen drohten, sie für illegale Streiks zu entlassen, aber unsere Mitglieder haben sich nicht den Drohungen unterworfen und sie haben neue Maßstäbe für die Arbeiter gesetzt.“

Sie haben das Recht zurückgewonnen, für die gesamte Arbeiterklasse in der Türkei zu kämpfen.“ Die Vereinbarung, die zwischen Birleşik Metal İş und EMIS (Electromechanical Employers Association) unterzeichnet wurde, umfasst:

Eine Zunahme von 1,2 türkischen Lira (0,30 €) + 7 Prozent des Stundenlohns für die ersten sechs Monate des Abkommens. Im Durchschnitt bedeutet dies eine Steigerung um 18,5 Prozent. In den folgenden 12 Monaten wird es eine Erhöhung um die Inflationsrate plus 1 Prozent geben. Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt zwei Jahre und nicht drei Jahre, wie die Arbeitgeber verlangt haben. Erhöhung der Sozialleistungen um 27 Prozent. Im Laufe der Zeit werden 200 Prozent an religiösen Feiertagen gezahlt. Bezahlter Urlaub am Internationalen Tag für behinderte Menschen. Private Krankenversicherung für alle Arbeitnehmer bei ABB.

Quelle: us5.campaign-archive2.com, 24.1.2017

Ägypten: Unabhängige Iffco-Gewerkschaft unter Beschuss

Die Arbeiter/innen in der Iffco-Speiseölfabrik im ägyptischen Suez kämpfen um ihre unabhängige Gewerkschaft. Als die Arbeiter anlässlich eines Konflikts rund um ihre Löhne im Dezember 2016 streikten, zeigte das Unternehmen 15 Arbeiter, unter ihnen 9 Gewerkschaftsmitglieder, bei der Polizei an. Am 29. Dezember führte die Polizei in den Wohnungen des Gewerkschaftsvorsitzenden und Generalsekretärs sowie bei vier anderen Arbeitern Razzien durch. Am 3. Januar stürmte die Polizei die Fabrik und verhaftete 13 streikende Arbeiter. 27 Iffco-Beschäftigten sowie Anführern und Mitgliedern der Iffco Egypt Labour Union drohen nun drakonische Geld- und Haftstrafen, sollten sie am 29. Januar wegen des „Verbrechens“, zum Schutz ihrer Löhne gestreikt zu haben, verurteilt werden. Den Arbeitern ist es untersagt, den Betrieb zu betreten. Der Angriff auf die Iffco-Gewerkschaft folgt auf massive Repressionen gegen die Busfahrer in Kairo und die Werftarbeiter in Alexandria. Der staatlich kontrollierte Gewerkschaftsverband Ägyptens (ETUF) ist ein fester Bestandteil dieser Unterdrückungsmaschinerie. Der ETUF hat die unabhängige Gewerkschaft diffamiert und das Iffco-Management aufgerufen, sie nicht anzuerkennen. Das Unternehmen stützte sich darauf, um den Abzug der Mitgliedsbeiträge der Arbeiter zu unterbinden und die Kampagne für eine Zerschlagung der Gewerkschaft fortzusetzen. Am 29. Januar wurden 19 Iffco-Arbeiter in einem Suez-Gericht freigesprochen, nachdem ein Strafverfahren erhoben worden war.

Quelle: www.iuf.org, 19.1. und 2.2.2017

Treffen US-amerikanischer und deutscher Fastfood-Mitarbeiter

Eine Delegation von amerikanischen McDonald's-Mitarbeitern reiste am 13.1.2017 nach Deutschland, um auf die Arbeitsbedingungen im Fast-Food-Sektor und anderen Dienstleistungsbranchen weltweit aufmerksam zu machen. Auch in Großbritannien, Dänemark, Frankreich und den Niederlanden fanden Treffen zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern der Service Employees International Union (SEIU) und der Bewegung „Fight for \$ 15“ statt, um sich zu diesen Themen auszutauschen. In Berlin trafen sich amerikanische Mitarbeiter von Fast-Food-Restaurants und die deutsche Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit Beschäftigten aus der Fastfoodbranche und Abgeordneten, um die rechtliche Situation von Arbeitnehmern in den USA und Deutschland zu vergleichen. NGG hat einen Tarifvertrag mit dem Bundesverband der Systemgastronomie BDS in Deutschland abgeschlossen – eine große Errungenschaft für Deutschlands Fast-Food-Beschäftigte. Ziel der Treffen war es zu verdeutlichen, dass große Fast-Food-Ketten gegenüber den Verbrauchern, aber eben auch gegenüber ihren Mitarbeitern und den Steuerzahlern, Verantwortung tragen. Mitarbeiter auf beiden Seiten des Atlantiks haben sich daher zusammengeschlossen, um ihr Recht zu verteidigen. „Auch Mitarbeiter von Fast-Food-Unternehmen haben das Recht auf eine faire Vergütung, einen Arbeitsplatz frei von Diskriminierung und die Möglichkeit, sich ungehindert gewerkschaftlich zu organisieren, egal ob in den USA, Europa oder irgendwo anders auf der Welt“, so Guillermo Lindsay, Führer der „Fight for \$ 15“ und McDonald's Mitarbeiter aus Minneapolis (USA). „Es ist inspirierend von Fastfood-Beschäftigten hier in Deutschland unterstützt zu werden. Gemeinsam können wir es schaffen.“ Burkhard Siebert, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft NGG sagte: „Durch unseren Tarifvertrag mit dem BDS konnte NGG mehr Sicherheit und bessere Löhne für die Fast-Food-Mitarbeiter in Deutschland erzielen. Wir sind stolz, amerikanische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihren Bemühungen für mehr Lohn und Gewerkschaftsrechte zu unterstützen.“ Erst kürzlich sind die Regierungen in den USA und Brasilien – und zuletzt auch in Europa – gegen niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und aggressive Steuervermeidungspraktiken des Unternehmens vorgegangen. Seit einigen Wochen ermittelt außerdem die EU-Kommission gegen McDonald's. Demnach

hat die luxemburgische Tochtergesellschaft McDonald's Europe Franchising seit 2009 praktisch keine Unternehmenssteuer, weder in Luxemburg noch in den USA, gezahlt.

Quelle: www.ngg.net, PM SEIU vom 13.1.2017

Honduras: Frischfruchtgigant tritt Rechte mit Füßen

Der Fruchtgigant Fyffes ist der führende Bananenimporteur in Europa und gehört zu den größten globalen Vermarktern von Ananas und Wintermelonen. Beschäftigte von Tochtergesellschaften von Fyffes – Anexco in Costa Rica (Ananas) und Suragroh in Honduras (Melonen) – berichten von schweren und systematischen Verletzungen grundlegender Arbeitnehmerrechte, darunter Missachtung der Vereinigungsfreiheit mit Bedrohung, Schikanen und Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern, Blockierung von Kollektivverhandlungsprozessen, Nichtzahlung von Mindestlöhnen und Sozialversicherungsbeiträgen, Exposition von Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber gefährlichen Agrochemikalien und Entlassung von schwangeren Arbeiterinnen. In Honduras sind die überwiegend weiblichen Saisonarbeitskräfte besonders anfällig für Rechteverletzungen.

Nach monatelangen vergeblichen Versuchen, Fyffes auf diese Probleme anzusprechen, schloss sich die IUL (Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften) am 23. Januar einer internationalen Solidaritätsmission nach Honduras an, um entlassene Arbeiter/innen zu treffen, und sie hat zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen an Fyffes, dessen Übernahme durch den japanischen Mischkonzern Sumitomo kurz bevorsteht, die Aufforderung gerichtet, dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmerrechte in seinen Lieferketten durchweg anerkannt und eingehalten werden. In Honduras, wo gegen Fyffes in der Vergangenheit Geldbußen wegen Missachtung von Zahlungsvorschriften verhängt worden sind, behauptet der Konzern jetzt, dem Gesetz Genüge zu tun. Außerdem hat sich Fyffes Schlupflöcher im honduranischen Recht zunutze gemacht, um die Gewerkschaft deregistrieren zu lassen mit der Begründung, dass ihre gewählten Funktionäre befristet und nicht fest angestellte Kräfte sind – in einem Wirtschaftszweig, der sich auf Massen von Zeitarbeitskräften stützt.

Quelle: iuf@iuf.org, 25.1.2017

Zusammenstellung:
Edith Bergmann, Hannover



Globaler Fonds zur gegen Aids, Tuberkulose und Malaria

BERLIN. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) ist eines der wichtigsten Finanzierungsinstrumente für Präventions- und Behandlungsprogramme zu diesen Krankheiten. Nur wenn der Fonds über ausreichende Finanzmittel verfügt, kann es uns gelingen, die verheerendsten Epidemien unter Kontrolle zu bringen. Die Programme des Fonds tragen auch zur Gesundheitssystemstärkung, zur Mütter- und Kindergesundheit, der Geschlechtergerechtigkeit, dem Erreichen von marginalisierten Bevölkerungsgruppen und dem Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung bei. Bis Juli 2015 trugen die vom Globalen Fonds unterstützten Programme dazu bei, dass 8,1 Millionen Menschen eine lebensbewahrende HIV-Therapie erhalten. Allein innerhalb des letzten Jahres konnte auf diesem Wege 1,5 Millionen mehr Menschen der Beginn einer Behandlung ermöglicht werden. Die geförderten Maßnahmen halfen auch 3,1 Millionen HIV-positiven Schwangeren Medikamente zu bekommen, um die Übertragung auf das neugeborene Kind zu verhindern. Zu den Ergebnissen im Bereich HIV-Prävention zählen auch 423 Millionen Test- und Beratungstreffen sowie 5,1 Milliarden verteilte Kondome ... Die Bundesregierung hält im aktuellen Koalitionsvertrag fest, dass Gesundheit die Grundlage für nachhaltige Entwicklung bildet und dass der Globale Fonds dafür eine wichtige Rolle spielt, die sich in der Politik der Bundesregierung widerspiegeln soll. Die Zukunftscharta des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit sagt aus, dass Deutschland dazu beitragen will, ein Ende von Aids bis 2030 zu erreichen. Seit dem 1. April 2015 hat Deutschland nicht nur einen eigenen Sitz im Verwaltungsrat des Globalen Fonds, sondern stellt mit Norbert Hauser, ehem. Vizepräsident des Bundesrechnungshofs, den neuen Ratsvorsitz. Die Abschlusserklärung des G7-Gipfels 2015 unter deutscher Präsidentschaft besagt, dass die G7 die Arbeit des Fonds uneingeschränkt unterstützen

und dass einer erfolgreichen Wiederauffüllung seiner Mittel im Jahr 2016 erwartungsvoll entgegen gesehen wird. Der politische Rahmen ist für eine Erhöhung des deutschen Beitrags an den Fonds also ganz klar gesetzt – Es müssen allerdings die entsprechenden Taten folgen.

www.aids-kampagne.de

EU-Gipfel: Nicht Fluchtrouten abriegeln, sondern Vertriebene schützen

BERLIN. Anlässlich des EU-Gipfeltreffens am Freitag auf Malta fordert der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) eine Kooperation mit Afrika, die dem Kontinent faire Entwicklungschancen bietet und nicht von der Abschottungspolitik Europas geprägt wird. „Es ist sehr zu begrüßen, dass die Zusammenarbeit mit Afrika endlich wieder stärker in den Fokus der EU rückt. Wenn das einzige Ziel dabei aber ist, den Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern und unsere Außengrenzen de facto nach Libyen und in andere nordafrikanische Staaten zu verlagern, dann ist dies das völlig falsche Signal. Die Sperrung von Fluchtrouten über das Mittelmeer und die Aufrüstung der libyschen Küstenwache wären ein neuer Tiefpunkt der Abschottung Europas gegen Menschen in Not. Die Bundesregierung muss einen solchen Pakt verhindern“, kritisiert Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO.

„Es ist richtig, die Situation der Geflüchteten, die sich zum Beispiel in den Maghreb-Staaten oder Jordanien befinden, durch Investitionen in Bildung oder Gesundheitsversorgung zu erleichtern. Wer aber auf Dauer allen Menschen in Afrika ein menschenwürdiges Leben ermöglichen will, muss sich den Fragen der gerechteren Gestaltung unserer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika stellen. Hier liegt langfristig der Schlüssel für die Zukunft Afrikas und für ein friedliches Zusammenleben mit unserem Nachbarkontinent“, so Bornhorst.

<http://www.venro.org/presse/>

Humanitärer Appell von Pro Asyl und Paritätischem Wohlfahrtsverband

BERLIN. Im Vorfeld des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs auf Malta kritisieren Pro Asyl und der Paritätische Wohlfahrtsverband in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel die derzeitige „Flüchtlingsabwehrpolitik“ der Europäischen Union scharf. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Abriegelung der sogenannten Mittelmeerroute seien ein erneuter „Tiefpunkt europäischer Flüchtlingspolitik“ und zielten vorrangig auf die Auslagerung des Flüchtlingsschutzes nach Libyen und andere nordafrikanische Staaten, obwohl den Schutzsuchenden dort nachweislich Gefahr für Leib und Leben droht. Die Organisationen appellieren an Bundeskanzlerin Merkel, die Umsetzung des Kommissions-Vorschlags zu verhindern. Statt einer weiteren Abschottung Europas seien legale und gefahrenfreie Zugangswege zu gewährleisten, so eine der zentralen gemeinsamen Forderungen. Die Vorschläge der EU-Kommission sehen unter anderem vor, die libyschen Grenzbehörden, Küstenwache und Marine auszubilden und zu finanzieren, damit diese sowohl die libysche Südgrenze als auch die Seegrenze nach Europa abriegeln. 200 Millionen Euro sollen allein 2017 und vor allem an Libyen fließen. Gerade in Libyen drohen den Schutzsuchenden jedoch die menschenunwürdigsten Zustände in Lagern, warnen die Organisationen, wie jüngst auch ein Bericht des Auswärtigen Amtes bestätigte. Exekutionen, Folter und Vergewaltigungen seien dort an der Tagesordnung.

„Die vorliegenden Vorschläge zielen nicht in erster Linie auf die Rettung von Menschenleben, sondern stellen den Versuch Europas dar, sich seiner humanitären Verantwortung zu entziehen“, so Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. „Wer es ernst meint mit dem Schutz von Menschenleben und dem Kampf gegen das menschenverachtende Vorgehen von Schleusern und Menschenhändlern, der muss humanitäre Aufnahmeprogramme und legale Zugangswege schaffen. Ziel einer vernünftigen Flüchtlingspolitik muss es daneben sein, humanitär akzeptable Bedingungen für Menschen in ihren Herkunftsregionen zu schaffen.“

www.der-paritaetische.de

Demo gegen das G20-Außenministertreffen

BONN – G-20! Das Außenministertreffen in Bonn nicht ungestört lassen! Unter diesem Motto rufen Gruppen aus Bonn und

dem Rheinland zu einer Demonstration gegen das in Bonn stattfindende G20-Außenministertreffen auf ... Demonstrationsanmelder, Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland aus Bonn will nicht, dass die Außenminister abgeschottet von jeder Öffentlichkeit tagen können und die notwendigen Proteste dagegen nicht mitbekommen. Er kündigte deshalb an, dass man notfalls eine gerichtliche Entscheidung herbei führen wird, falls man in der kommenden Woche zu keiner einvernehmlichen Lösung mit der Polizei kommen wird.

„Gerade wenn der Außenminister des Rassisten Donald Trump oder andere autoritären Regierungen wie Russland, China und insbesondere auch den Nato-Staat Türkei den G-20-Gipfel am 7. und 8. Juli in Hamburg vorbereiten, muss unser Protest in Hör- und Sichtweite der Minister stattfinden können, denn ohne ernsthaften Widerspruch aus Europa schafft beispielsweise Erdogan noch mehr bestehende demokratische Rechte ab, verfolgt und inhaftiert oppositionelle Politiker und Journalisten und führt im Osten des Landes einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Das wird ihm nicht zuletzt dadurch ermöglicht, dass die EU ihn auf Betreiben der deutschen Bundesregierung für die menschenverachtende Abwehr der Flüchtlinge braucht. Der von der Polizei vorgeschlagene Platz hinter dem Lieferanten- Eingang des WCCBs lässt unseren Protest ins Leere laufen. Ich bin aber noch zuversichtlich, dass wir nächste Woche zu einer zufriedenstellenden Lösung kommen werden“, so Martin Behrsing.

Das G20-Außenministertreffen dient der Vorbereitung des G20-Gipfels am 7. und 8. Juli in Hamburg. Dagegen hat bereits das Demo-Bündnis gegen das G20-Treffen in Hamburg Demonstrationen und andere Formen vielfältigen Protests angekündigt. „Wenn sich die Außenminister der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt treffen, um ihre Politik abzustimmen, dann bedeutet das die fortgesetzte Ausbeutung und Ausplünderung von Mensch und Natur, die Absicherung neo-kolonialer Herrschaft, forcierte Militarisierung und in der Konsequenz Krieg um Einflussgebiete und Rohstoffe“ sagt Dagmar Paternoga vom Bonner Bündnis und fährt fort: „Diese Politik ist auch die Ursache dafür, dass immer mehr Menschen zu Flüchtlingen werden.“

In Syrien – ein voraussichtlicher Brennpunkt der Verhandlungen der Außenminister – sind viele G20-Staaten in den Krieg verwickelt. Insbesondere die Nato-Staaten USA und Türkei sowie ihre Verbündeten Saudi-Arabien, Katar und auch Israel unterstützen verschiedene

„Rebellen“ mit Geld, Waffen, und diplomatischer Rückdeckung, um den von Russland und Iran gestützten Diktator Assad zu Fall zu bringen.

„Diese sogenannten moderaten Rebellen sind zum großen Teil nicht weniger reaktionär und brutal als der sogenannte Islamische Staat und auch keine demokratische Alternative zur Assad-Regierung“, sagt Jürgen Repschläger. Das Ratsmitglied der Linken vertritt in der Demovorbereitung das „Bonner Solidaritätskomitee Kurdistan“. Repschläger weiter:

„Lediglich das Projekt Rojava macht Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Wir unterstützen alle demokratischen und säkularen Kräfte in der Region, insbesondere den ‚Syrian Democratic Council‘ (SDC). In den Wirren und der Zerstörung des Krieges haben die Menschen im Norden Syriens ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Sie haben eine demokratische Selbstverwaltung aufgebaut, setzen geradezu revolutionäre Frauenrechte durch und bieten Millionen Flüchtlingen aller Religionen und Ethnien Schutz und Mitbestimmung.“

www.erwerbslosenforum.de

Weit entfernt von fair: Bekleidungsindustrie von Myanmar

BIELEFELD. Nach Jahren der Sanktionen floriert der Handel mit Myanmar (ehemals Burma) wieder. Niedrige Löhne und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen ziehen die Bekleidungsproduktion nach Myanmar. Zahlreiche europäische Marken, darunter bekannte Größen wie H&M, C&A und Primark, machen mit bei diesem „race to the bottom“.

Das „Centre for Research on Multinational Corporations“ (SOMO) legt in einem neuen Bericht detailliert die miserablen Arbeitsbedingungen dar: Niedrige Gehälter, massive Überstunden und Kinderarbeit sind demnach keine Ausnahme. Bei der Ausbreitung der Industrie wurden zudem Landrechte missachtet. SOMO-Mitarbeiterin Martje Theuws: „Bekleidungsunternehmen sollten es sich zweimal überlegen, ob sie wirklich in Myanmar produzieren möchten. Das Risiko der Arbeitsrechtsverletzungen ist sehr hoch. Firmen sollten eine genaue Analyse aller potenziellen Probleme veranlassen. Sie müssen, gemeinsam mit ihren Zulieferbetrieben, die Risiken erkennen und in den Griff bekommen – und zwar bevor sie dort Bestellungen aufgeben. Unsere Nachforschungen zeigen allerdings, dass die Firmen das nicht tun.“

Myanmar ist für die Bekleidungsindustrie so attraktiv, weil es billig ist – aufgrund niedriger Löhne und vorteilhafter

Geschäftsbedingungen. Unter dem Druck der Bekleidungsunternehmen haben auch chinesische und koreanische Fabrikbesitzer ihre Produktion nach Myanmar verlagert. Diese Abwärts-spirale verursacht einen ungesunden Wettbewerb zwischen den produzierenden Ländern in der Region.

Zwölf Fabriken, 400 Angestellte

Zusammen mit den lokalen NGOs „Action Labor Rights (ALR)“ und „Labour Rights Defenders and Promoters (LRDP)“ hat SOMO zwölf exportorientierte Fabriken geprüft, von denen acht ausländischen Investoren gehören, und 400 Arbeiter_innen befragt.

Zudem hat SOMO mit den einkaufenden Unternehmen, Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Fabrikbesitzern, Arbeitnehmer_innen-Vertretungen sowie mit lokalen und internationalen Gewerkschaften und NGOs gesprochen. Die Ergebnisse der Studie wurden vor Veröffentlichung den



untersuchten Betrieben präsentiert. Viele reagierten gar nicht erst. Andere erkannten viele der Probleme an, zeigten jedoch keine überzeugenden Wege auf, wie sie diese lösen wollen.

Schlechte Arbeitsbedingungen

Arbeiter_innen in der Bekleidungsindustrie ziehen auf der Suche nach Erwerbsmöglichkeit von verarmten Landstrichen in die Städte. Dort leben sie oft in Slums ohne Zugang zu Elektrizität oder fließend Wasser. Der gesetzlich festgeschriebene Mindestlohn beträgt lediglich 2,48 Euro am Tag. Um Geld zu verdienen, sind sie auf Überstunden angewiesen, oft bis zu elf Stunden täglich. Im Hochbetrieb werden sie zu unbezahlten Überstunden gezwungen. Zudem kommt es häufig vor, dass Gehälter einbehalten werden, wenn Angestellte aus Krankheitsgründen nicht arbeiten können. Auch unter 15-jährige Mädchen finden eine Arbeitsstelle. Dies alles sind schwerwiegende Verletzungen internationaler Arbeitsgesetze. Arbeiter_innen haben kaum eine Möglichkeit, Beschwerde einzureichen und Rechtshilfe zu bekommen, da in Myanmar nur wenige unabhängige Gewerkschaften tätig sind. www.saubere-kleidung.de

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Mannheim vor einer Neuausrichtung?

Wir dokumentieren im Folgenden zwei (aus Platzgründen leicht gekürzte) Artikel aus dem Kommunalinfo Mannheim Nr. 2/17 und Nr. 3/17. Der erste Artikel beleuchtet die Hintergründe der aktuellen wohnungspolitischen Debatte in Mannheim und die Initiativen der Partei Die Linke. Der zweite Artikel geht auf die aktuellen Entwicklungen dieser Diskussion im Gemeinderat ein.

Durch zahlreiche wohnungspolitische Anträge veranlasst, die zunächst fast ausschließlich von der Linken kamen, dann aber vermehrt auch von SPD und den Grünen, hat die Verwaltungsspitze im Januar dieses Jahres eine lang angekündigte Vorlage in den Gemeinderat eingebracht mit dem Titel: „Wohnungspolitische Strategie und 12-Punkte-Programm zum Wohnen für Mannheim (unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung zusätzlichen preisgünstigen Mietwohnraums)“. Sie soll am 31. Januar öffentlich im Ausschuss für Umwelt und Technik ausführlich vorberaten werden, als einziges Thema. Am 14.2. soll dann der Gemeinderat entscheiden.

Die Vorlage ist insofern bemerkenswert, als sie bisherige Positionen der Verwaltung ausdrücklich korrigiert und neue Instrumente zur Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum „für breite Schichten der Bevölkerung“ und zur Schaffung neuer Wohnungen für diesen Bereich vorschlägt. Jahrelang hatte die Verwaltung die Position vertreten, es komme hauptsächlich auf die Bereitstellung hochwertiger Wohnungen an, damit Mannheim mehr Haushalte anzieht mit hohem Einkommen, hoher Steuerkraft und guter Nutzung der von der Stadt bereitgestellten kulturellen Infrastruktur. Für die weniger betuchten Menschen habe man ja schließlich die GBG, die das mit ihren 19 000 Wohnungen schon richte. Die das aber bisher auch vor allem nur in einigen wenigen Stadtteilen richtet, sodass die Segregation der Stadtgesellschaft in Mannheim weit fortgeschritten ist. Und seit es keine nennenswerte öffentliche Subvention für den „sozialen Wohnungsbau“ mehr gibt, wurde die Bautätigkeit im bezahlbaren Segment vollkommen eingestellt, und die einst über 20 000 mietpreisgebundenen Sozialwohnungen schmolzen dahin auf 5.600 Wohneinheiten.

Inzwischen ist klar: Wenn sich der Immobiliensektor „naturwüchsig“ weiter so entwickelt, wie in den vergangenen Jahren, bekommen die „breiten Schich-

ten“ bald kein Bein mehr auf den Boden. Interventionen in dieses Geschehen sind gefordert.

Gravierende Fehlentscheidungen in der Vergangenheit auf allen Ebenen

Auf Bundesebene gehören zu diesen Fehlentscheidungen (aus Mietersicht, nicht aus Sicht der Anlagefonds) die 1990 in Kraft getretene Abschaffung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau und die fast vollkommene Einstellung der öffentlichen Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Nach der 2007 in Kraft getretenen Föderalismusreform ging die Zuständigkeit für die verbliebene Wohnraumförderung vom Bund auf die Länder über. Der Bund zahlt dafür den Ländern immer noch Kompensationsmittel. Baden-Württemberg nutzte diese Mittel, um fast ausschließlich den Eigenheimbau zu subventionieren bzw. die Mittel schlicht in andere Kanäle zu leiten. Zwar stellte die Landesregierung zweistellige Millionenbeträge für Landeswohnraumförderung in den Haushalt – die wurden jedoch kaum abgerufen, weil es sich fast ausschließlich um Zinssubventionen handelte, für die kein Wohnungsbauunternehmen eine 30%ige Senkung der Mieten in Kauf nehmen wollte. Auf Mannheimer Ebene schließlich wurde zwar sehr viel Geld mit Hilfe von Bundes-Städtebaufördermitteln in die Sanierung von Stadtteilen wie Schönau und Neckarstadt West gesteckt, aber was Neubau betraf verwies man auf die untaugliche Landesförderung. Auch der andere Weg, Neubauten für bezahlbare Wohnungen über kommunale Grundstückswirtschaft zu subventionieren, wurde nicht beschritten. Grundstücksan- und -verkäufe wurden unter Einhaltung städtebaulicher Gesichtspunkte als „heimliche“ Finanzierungsquelle für den Stadthaushalt genutzt, „Hebung stiller Reserven“.

Was soll jetzt anders werden?

„Ziel ist es,“ so schreibt die Verwaltung zusammenfassend, „langfristig in allen Quartieren, sowohl auf der Konversion als auch in der gesamten Stadt, ein möglichst breit gefächertes Angebot unterschiedlicher Wohnungen anzubieten, was sowohl das Preissegment als auch die Wohn- und Eigentumsform angeht. (...) Dazu gehört ein Loslösen des Handelns von den konjunkturellen Zyklen des Immobilienmarktes.“

Dazu gehört zunächst eine Bestandsaufnahme über den mutmaßlichen Neu-

baubedarf. Denn ein unleugbarer Preistreiber bei den Mieten (und Kaufpreisen) ist das zu geringe Wohnungsangebot. Dabei legt die Verwaltung die Bevölkerungsprognose zugrunde (die durch Migrationsbewegungen allerdings sehr unkalkulierbar ist) und ermittelt eine Nachfrage von 10.436 Wohneinheiten bis 2025. Davon sollen 1.720 Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment bis 7,40 Euro/m² liegen. Das sind gerade mal 17%.

Dreh- und Angelpunkt für das nun immerhin mal aufgeschriebene Ziel 10 000 Wohnungen bis 2015 wird eine Änderung in der Struktur der Landeswohnraumförderung sein. Tatsächlich hat die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Krauth (CDU) angekündigt, ab 1. April 2017 endlich auch eine Landeswohnraumförderung auf Basis von Tilgungszuschüssen auf den Weg zu bringen. Damit werden öffentlich geförderte Neubauwohnungen wirklich so gefördert, dass sich daraus auch deutlich niedrigere Mieten ableiten.

Davon wird die GBG (wie auch andere Bauträger) dann reichlich Gebrauch machen. Damit wird der Anteil bezahlbarer Wohnungen auf Franklin z.B. noch einmal steigen können.

Die Stadt folgt in einigen Punkten linken Forderungen

Aber auch im Gestaltungsbereich der Stadt Mannheim soll sich – so die Vorlage – einiges ändern:

Das bisher abgelehnte, von der Linken schon 2013 in die Diskussion gebrachte Quotenmodell soll nun mit städtebaulichen Verträgen bei Investoren durchgesetzt werden, sobald mehr als zehn Wohneinheiten geplant sind. Die Stadt strebt 25% bezahlbare Wohnungen je Projekt an. Das ist weniger als in München oder Freiburg. Dafür soll es nicht nur bei Bauten auf der grünen Wiese angewandt werden, sondern auch bei Baulückenprogrammen und Nachverdichtungen. Damit kämen erschwingliche neue Wohnungen auch in Stadtteile, die davon bisher nicht gesegnet sind.

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat ferner, städtische Grundstücke nun bewusst auch im Sinne der Förderung bezahlbaren Wohnraums einzusetzen durch verbilligte Abgabe an spezielle Bauträger (hier können nur solche in Frage kommen, die auch über eine Bindungsfrist hinaus die Mieten stabil halten).

Auch der Vorschlag der Linken wird

Tab. 07: Gesamtbilanz Wohnungsbau in Mannheim bis 2025

NACHFRAGE	ANGEBOT
Wohnungsnachfrageprognose bis 2025 10.436 WE (ohne Ersatz- und Nachholbedarfe)	ca. 7.662 WE (Konversion: Franklin, Spinelli*, Hammonds, Turley)
	ca. 2.260 WE (Projektierte bekannte Vorhaben <u>ohne Konversion</u>)
	ca. 200 WE (Wohnbaupotenziale aus Wohnbaulückenkataster)
10.436 WE Gesamt	ca. 10.122 WE Gesamt

* Spinelli: erste Abschätzung
 Quelle: Stadt Mannheim, Fachbereich Stadtplanung

Tab. 08: Bilanz Schaffung preisgünstiger Mietwohnungen

Fläche	WE gesamt	WE preisgünstige Mietwohnungen
Franklin (insbesondere Mitte)	4.015	730 ¹
Spinelli – Käfertal-Süd	2.200 ²	540 ²
Spinelli – Wingertsbuckel	400	100
Hammonds	397	100
Turley	650	50 ³
Projektierte Wohnungsbau außerhalb Konversion (Kap. III 2.)	2.260	50
Wohnbaupotenziale aus Baulückenkataster (Kapp. III 4.)	200	50
Nachverdichtung, Ersatzneubau, nicht-militärische Konversion (Kap. III 5.)	k.A.	100
Gesamt	10.122	1.720

¹ 650 preisgünstige Mietwohnungen in Franklin-Mitte über Zertifikat abgesichert, ohne Sullivan
² erste Abschätzung

³ preisgünstige Mietwohnungen in Form gemeinschaftlicher Wohnprojekte (Mietshausyndikat)
 Quelle: Stadt Mannheim, Fachbereich Stadtplanung

aufgegriffen: Baugruppen und Kleingewerkschaften sollen Grundstücke im Erbbaurecht zugewiesen bekommen, für die erst einmal 15 bis 25 Jahre lang zinsfrei gestellt werden. Das erleichtert den Start, weil nicht auch noch für das Grundstück Eigenkapital aufgebracht werden muss. Für die GBG ist Erbbaurecht vorerst nicht vorgesehen. Auch ihr würde es die Bereitstellung neuer erschwinglicher Wohnungen guttun. Denn mit einer Investitions- und Sanierungssumme von zurzeit ca. hundert Millionen jährlich muss sie inzwischen auch auf ihre Eigenkapitalquote schauen, sonst wird es teuer bei Bankkrediten. Erbbaurechte gelten dem Eigenkapital gleichgestellt.

Der Kataster über Baulücken, Brachen und Nachverdichtungsmöglichkeiten soll intensiv mit Architekten und Investoren besprochen werden.

Zum Erhalt preisgünstigen Wohnraums soll nun auch die GBG so eingreifen, indem sie in Stadtteilen mit überdurchschnittlichem Mietpreisanstieg

versucht Bestandshäuser aufzukaufen, bevor sie in Spekulantenhände geraten. Auch dies eine Forderung der Linken, z.B. aktuell für den Jungbusch ...

Dass die Verwaltung jetzt deutlich formuliert, der bezahlbare Mietwohnungsmarkt müsse von den Zyklen, und das heißt v.a. auch von den Spekulationszyklen abgekoppelt werden, ist löblich. Das setzt allerdings voraus, Wohnungsbaugrundstücke nicht mehr beliebig zu verkaufen, sondern vorzugsweise an Bauträger, die nicht profitorientiert sind. Nur solche Unternehmen wie z.B. die GBG selbst oder auch die meisten Genossenschaften versuchen nicht den jeweils höchsten Marktpreis zu erzielen, sondern die Wohnungen möglichst preisgünstig anzubieten – über den gesamten Lebenszyklus hinweg.

Es ist also in der Diskussion um die Vorlage zur Wohnungspolitik und um die Ausgestaltung der einzelnen Instrumente noch Einiges zu klären!

Thomas Trüper

(aus Kommunalinfo Mannheim, Nr. 2/2017)

Die Wohnungspolitik-Rallye in Mannheim geht weiter – Ausgang ungewiss

Wer will überhaupt etwas verändern und ggf. was?

Die Verwaltung hat mit ihrer Vorlage 009/2017 (siehe vorigen Artikel aus dem Kommunalinfo Mannheim) dem Gemeinderat die Hebel auf den Tisch gelegt, mit denen 10.000 Wohnungen, und davon (nur!!) 17% preisgünstige gebaut werden können und ansonsten der zunehmenden Segregation der Stadtgesellschaft entgegengewirkt werden kann.

Am 31. Januar fand nun die seit Monaten angekündigte große wohnungspolitische Diskussion im zuständigen Ausschuss AUT statt, die der Baubürgermeister Quast leitete. Der OB, der an solchen Fachausschusssitzungen üblicherweise nicht teilnimmt, gewährte bei der zweiten wohnungspolitischen Veranstaltung dieser Woche, nämlich bei der SPD-Veranstaltung „Mieten muss bezahlbar sein“ Einblick in seine Auffassung zu der Thematik.

Um von hinten anzufangen: Da wird die SPD auf ihrer neuen Suche nach Gerechtigkeit noch viel mit ihrem OB zu diskutieren haben. Zwar hat sie ihn zu der Verwaltungsvorlage drängen können. Aber er erweist sich bisher doch sehr resistent gegen das Ansinnen, nun endlich das Ruder herumzuwerfen. Nachdem Lukas Siebenkotten, Bundes-

kommunalinfo-mannheim.com/

direktor des Deutschen Mieterbundes, von der Dringlichkeit des Baus bezahlbarer Wohnungen gesprochen hatte, und zwar über die ganze Stadt verteilt, sinnierte OB Peter Kurz, man müsse aber auch bedenken, dass man damit einen Anreiz für nicht so gut betuchte Menschen aus dem Umland schaffe, sich in Mannheim niederzulassen. Es bräuchte eine regionale Sozialwohnungsquote. Dieser Gedanke ist zwar sicherlich nicht falsch, aber auf freiwilliger Basis in den nächsten zehn Jahren wohl kaum durchsetzbar. Auf die Frage, ob denn nicht eine Voraussetzung für preisgünstiges Bauen

Wohnungspolitik-Rallye in Mannheim geht weiter

die sozialgerechte Bodennutzung sei, mit entweder Gewährung von Erbbaurechten zu niedrigsten Zinsen oder mit der Abgabe von verbilligtem kommunalem Bauland, machte Peter Kurz deutlich, dass er eigentlich auf die Gewinne aus Bodenverkäufen zu marktüblichen oder Höchstpreisen nicht verzichten könne. Ohne diese würde das Ziel, 42 Mio. Euro jährlich bei den laufenden Ausgaben der Stadt zugunsten von Investitionen zu sparen („Strategische Haushaltskonsolidierung Mannheim“), noch schwieriger zu erreichen sein. „Wir brauchen das Geld für Schulen, Infrastruktur etc.“ Obwohl die gesamte Geschichte des Wohnungsbaus „für breite Schichten der Bevölkerung“ von öffentlichen Subventionen auch der Kommune Mannheim geprägt ist, scheint Kurz nach wie vor überzeugt, dass der Wohnungsbau nicht in den Strauß notwendiger kommunaler Investitionen gehört und dass man dann eventuell innerhalb der zahlreichen notwendigen Investitionen umschichten muss.

Noch ein weiterer gravierender Diskussionspunkt mit dem OB wurde deutlich: Für den Oberbürgermeister scheint es nur „Investoren“ als solche zu geben. Eine Unterscheidung nach Geschäftskonzepten kommt in seinen Überlegungen nicht vor. So entgegnet er auf die Fragen von Leuten aus dem Jungbusch, was man dem stark renditegetriebenen Immobilien-Kaufverhalten des Investmentfonds der BNP-Bank in diesem Stadtteil entgegensetzen könne: Man dürfe nicht gleich über „Gentrifizierung“ jammern, wenn mal endlich ein Investor komme und sich einiger sanierungsbedürftiger Häuser annehme. Dass es eine wichtige Aufgabe der Stadt Mannheim ist, nachhaltig preisgünstige Wohnungen bauende Wohngruppen des Miethäusersyndikats substanziell zu unterstützen, die Bildung von kleinen Bau- und Mietergenossenschaften anzuregen und tatkräftig zu unterstützen, oder auch die GBG durch verbilligtes Bauland oder durch eine Kapitalerhöhung zu stärken – all dies scheint bei ihm noch nicht angekommen zu sein. Für aufmerksame Zuhörer auf der SPD-Veranstaltung, auf der diese Partei nun endlich einmal viele richtige Aspekte von den geladenen Referenten darlegen ließ, waren die Beiträge des OB eher alarmierend – denn bei den fatalen Mehrheitsverhältnissen im Mannheimer Gemeinderat kommt es sehr auf seine Position und seine Stimme an ...

Thomas Trüper

(aus Kommunalinfo Mannheim Nr. 3/2017)

Hartz IV-Wohnkosten: Inge Hannemann kritisiert weitere Verschärfung.

HAMBURG. Die Sozialbehörde hat die Regelung zur Übernahme der Wohnkosten für Empfänger_innen von Sozialleistungen geändert. Demnach werden die Betriebskosten künftig auf einen einheitlichen Satz von 1,80 Euro/Quadratmeter festgelegt. Inge Hannemann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, kritisiert die Reform: „Die neue Regelung ist eine weitere Verschärfung. Sie ist am tatsächlichen Bedarf vorbei berechnet und diskriminiert die Betroffenen.“ Bisher wurden die Mietkosten nach der Nettokaltmiete überprüft und die tatsächlichen Betriebskosten übernommen. Nun soll eine so genannte Bruttokaltmiete gelten. „Die neue Regelung stellt die Betroffenen vor die Wahl: Entweder niedrige Grundmiete und bezahlbare Betriebskosten oder erhöhte Grundmiete und nicht mehr bezahlbare Betriebskosten“, kritisiert Hannemann. „Die Linke fordert die tatsächliche Übernahme der realen Mietkosten sowie eine endlich notwendig Aufstockung der derzeitigen Mietübernahmekosten – in Anbetracht der hohen Hamburger Mietkosten.“ Darüber hinaus wirft Hannemann dem Senat „Geheimniskrämerei“ vor: „Die Sozialbehörde hat weder die Betroffenen noch die Beratungsstellen rechtzeitig informiert.“ Um alle Details der Neuregelung in Erfahrung zu bringen, hat die Fraktion Die Linke deshalb eine Kleine Anfrage an den Senat gestellt. www.die-linke-hamburg.de

Endlich Überblick über Leerstände verschaffen!

BOCHUM. Die Stadt Bochum hat keinen Überblick darüber, wo, seit wann und aus welchen Gründen Wohnungen und Gebäude ungenutzt leer stehen. Das geht aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Rat hervor. „Angesichts des immer enger werdenden Wohnungsmarkts und der anhaltenden Unterbringungskrise muss sich das dringend ändern“, fordert Sevim Sarialtun, Fraktionsvorsitzende der Linken im Rat. „Die Stadt Bochum führt kein immobilienbezogenes Leerstandskataster, daher ist es grundsätzlich nicht möglich, über Gründe und den Zeitraum von Leerständen Auskunft zu geben“, so lautet die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Linksfraktion. Der Stadt stehe „kein rechtliches Instrument zur Verfügung, Eigentümer zur Vermietung oder Veräußerung von Immobilien zu verpflichten“, so die Verwaltung weiter. Dazu sagt Se-

vim Sarialtun: „Es steht nur deshalb kein rechtliches Instrument zur Verfügung, weil sich die rot-grüne Rathauskoalition bisher hartnäckig weigert, eins zu schaffen. Das ist politisch fahrlässig. Ohne zu wissen, wo die Probleme liegen, ist eine vernünftige und sozial gerechte Stadtentwicklungspolitik nicht möglich. Deshalb fordern wir gemeinsam mit dem Bochumer Mieterverein und vielen Initiativen, dass der Rat endlich eine Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung für Bochum beschließt.“ Eine solche Satzung würde Immobilieneigentümer*innen dazu verpflichten, Wohnungen, die länger als drei Monate leer stehen, bei der Stadt zu melden, und zu begründen, weshalb sie nicht vermietet werden. www.dielinke-bochum.de

Energiearmut darf kein Tabu-Thema sein:

DORTMUND. Hartz IV. Grundversicherung. Arbeitslosigkeit. Minijob. Es gibt viele Gründe, warum das Geld nicht immer bis zum Monatsletzten reicht. Da kann es auch passieren, dass die Stromrechnung nicht bezahlt wird. Ein Problem, das leider kein Einzelfall ist. Deshalb möchte die Fraktion Die Linke & Piraten das Thema „Energiesperre“ mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. „Energiearmut ist seit vielen Jahren ein Thema, das Menschen mit geringen Einkommen belastet. Immer wieder können Haushalte die Energiekosten nicht aufbringen und sind durch säumige Rechnungen von Sperrungen betroffen“, weiß Nadja Reigl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Sozialausschuss. Doch bei einer unbezahlten Rechnung und einer Stromsperre bleibt es nicht. Mahngebühren, Verzugspauschalen, Telefoninkasso, Sperrkosten, eine teure Wiederinbetriebnahme des Stromanschlusses... Die Stadtwerke-Tochter DEW21 hat viele teure Forderungen, bevor sie bei den betroffenen Familien wieder das Licht anknipst. Zusätzlich zu den säumigen Rechnungsbeträgen müssen die von der Energiesperre betroffenen Menschen zwischen 100 und 150 Euro aufbringen, um erneut beliefert zu werden“, ergänzt Nadja Reigl. „Geld, das die meisten schlichtweg nicht haben.“ Die Fraktion DieLinke & Piraten hat deshalb einen Antrag in den Sozialausschuss eingebracht. Sie möchte – gemeinsam mit den DEW21 – ausloten lassen, wie und ob zumindest Menschen im Sozialleistungsbezug von den Sperr- und Wiederinbetriebnahme-Kosten entlastet werden können. Der Sozialausschuss hat sich mittlerweile mit dem Thema beschäftigt. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit einigte sich dar-

auf, über den Antrag nicht abzustimmen. Das Thema wird in die nächste Sitzung des Ausschusses geschoben und dazu ein Berichterstatter der DEW21 eingeladen. www.dielinke-dortmund.de

„Wohn_Raum für alle!“ FRANKFURT A.M. Die steigenden Miet- und Immobilienpreise führen dazu, dass Menschen mit geringem Einkommen kaum mehr in Frankfurt wohnen (bleiben) können. Die Preispolitik der stadteigenen ABG Frankfurt Holding und anderen Wohnungsbaugesellschaften fördern diese Entwicklungen. Die Stadtregierung lässt zu, dass in Frankfurt fast ausschließlich hochpreisige Wohnungen neu gebaut werden, während dringend benötigte Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Die Initiativen fordern unter anderem, dass diskriminierende Ausschlüsse auf dem Wohnungsmarkt aufhören müssen und die Antwort auf Obdachlosigkeit nicht die allwinterliche Unterbringung in der B-Ebene der Hauptwache sein kann. Auch Die Linke stellt sich gegen die Abwärtsspirale von Verdrängung, Obdachlosigkeit und Armut und steht dafür, dass alle Menschen das Recht haben in Frankfurt zu leben – unabhängig von Einkommen, Herkunft und Aufenthaltstitel! Die Linke im Römer erklärt sich solidarisch mit den Zielen der Initiativen. Für Samstag, den 4. Februar hat ein breites Bündnis von Initiativen zu der Demo „Wohn_Raum für alle! Solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung und Verdrängung“ aufgerufen. Mit mehr als 1000 Menschen demonstrierte die Fraktion Die Linke im Römer für bezahlbaren Wohnraum und ein Aufenthaltsrecht für alle in Frankfurt. Nach einigen Kundgebungen am Hauptbahnhof führte der Demonstrationzug zur Hauptwache. Hier machten weitere Redner*innen auf die Lage vieler Menschen aufmerksam, die in Frankfurt keinen Wohnraum finden. www.dielinke-im-roemer.de

Antrag: Sonderprogramm für wohnungslose Familien erforderlich. MÜNCHEN. Der Stadtrat möge beschließen: Im Rahmen der verschiedenen Wohnungsbauprogramme der Stadt werden verstärkt auch größere, für Familien geeignete Wohnungen erstellt bzw. gefördert. Auch im Programm WAL (Wohnen für Alle) werden an geeigneten Standorten Wohnungen eingestreut, die auch für Haushalte mit mehreren Kindern geeignet sind. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden beauftragt, in ihren Bauprojekten verstärkt für Familien geeigneten Wohnraum zu schaffen, möglicherweise auch durch (temporäre) Zusammenlegung kleinerer Wohnungen. Das Ziel des Sonderpro-

gramms ist es, die Zahl der Münchner Kinder, die in akuter Wohnungslosigkeit leben, rasch und nachhaltig zu senken. Die Verweildauer von Kindern in akuter Wohnungslosigkeit sollte ein Jahr keinesfalls überschreiten. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Vorschläge zu entwickeln, mit denen dieses Ziel bis Ende 2018 erreicht werden kann. Begründung: Ende November 2016 waren 7227 Menschen in München akut wohnungslos. Von akuter Wohnungslosigkeit betroffen sind auch 1612 Kinder, die in 839 Haushalten leben. 779 dieser Kinder sind bis zu 6 Jahre alt, 612 Kinder sind im Alter zwischen 7 und 14 Jahren. In 89 Familienhaushalten leben mindestens 4 Kinder. Die Verweildauer in der akuten Wohnungslosigkeit nimmt allgemein zu. Auch die Haushalte mit Kindern sind davon betroffen, bis zu acht Jahren müssen Kinder in Beherbergungsbetrieben, Notquartieren oder Clearinghäusern aufwachsen. Diese Situation widerspricht eklatant dem Kindeswohl, auf das die Stadt verpflichtet ist. Aus diesem Grund müssen die Anstrengungen zur Bereitstellung familieneigneten Wohnraums unverzüglich verstärkt werden. Ohne geeigneten, ausreichend großen Wohnraum kann die Vermittlung in dauerhaftes Wohnen nicht gelingen. www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Mietspiegel 2017: Linke & Piraten kritisieren Mietanstieg und fordern mehr sozial geförderten Wohnraum. HANNOVER. Laut dem Mietspiegel 2017 sind die Mieten in Hannover in den letzten zwei Jahren um durchschnittlich 5,6 Prozent gestiegen. Seit 2011 beträgt der Mietanstieg gemäß Medienberichten sogar 11,8 Prozent, deutlich mehr als die Reallohnsteigerung in diesem Zeitraum. „Dabei sollte das Mietrechtsnovellierungsgesetz 2015 – die sogenannte Mietpreisbremse – den Anstieg von Mieten wirksam dämpfen“, sagt Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (Linke). „Außerdem benötigen wir nach wie vor mehr sozial geförderten Wohnraum in Hannover.“ Besonders für mittlere bis größere Wohnungen ab 65 Quadratmetern haben die Mietpreise in der Landeshauptstadt angezogen. So sind die Quadratmeter-Kaltmieten in ab 1995 gebauten mittelgroßen Wohnungen um bis zu 93 Cent gestiegen. „Das macht schon bei einer 65-Quadratmeter-Wohnung eine monatliche Steigerung von rund 60 Euro, bei 90 Quadratmetern sind es schon rund 84 Euro. Diese Mietpreissteigerung trifft insbesondere Familien mit Kindern“, so der stellvertretende Gruppenvorsitzende Bruno Adam Wolf (Piraten). „Im Übrigen sollte der Mietspiegel als Bemessungs-

grundlage zur Berechnung der Kaltmieten für Empfänger von Arbeitslosengeld II dienen.“ Der Quadratmeterpreis darf gemäß Gesetzesvorgabe bei einer Neuvermietung nicht über zehn Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Eine Kostendämpfung, wie im Gesetz vorgesehen, befördert jedoch eine stetige Erhöhung der Mieten. Die Ratsgruppe Die Linke & Piraten tritt für eine wirkliche Mietpreisbindung ein. www.dielinke-hannover.de

Weiterentwicklung der Anforderungen an die Strom- und Wärmeeffizienz-Eckpunktepapier des Deutschen Städtetages (DStT).

BERLIN. Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine der zentralen Herausforderungen der Energiewende. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Stärkung der Energieversorgungsinfrastruktur nimmt die Energieeffizienz insbesondere in Städten eine wichtige Rolle ein. Die Städte gestalten gemeinsam mit lokalen Akteuren, wie zum Beispiel der Wohnungswirtschaft und ihren Stadtwerken, die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen. Mit ihrem kommunalen Gebäudebestand wirken sie als Vorbild für Hauseigentümer und Gewerbe und leisten zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der städtischen wie gesamtdeutschen Ziele der Energiewende. Mit Blick auf diese besondere Rolle der Städte bei der Steigerung von Energieeffizienz und des energieeffizienten Bauens will der DStT mit dem vorliegenden Eckpunktepapier Impulse für die Weiterentwicklung der Energieeffizienz im Gebäudebereich geben. Das Eckpunktepapier baut auf den vielfältigen Erfahrungen der Städte bei der energetischen Sanierung und beim Neubau energieeffizienter Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude auf und formuliert zentrale Forderungen und Empfehlungen, um die Ziele der Energiewende zu erreichen. Der Hauptausschuss des DStT hat mit dem vorliegenden Eckpunktepapier Forderungen an die Bundespolitik zur Weiterentwicklung des Energiesparrechts aufgestellt. Die Kommunen wollen ihre erfolgreichen Energieeffizienzprojekte ausbauen und verstärken, allerdings mit einem einfacheren Rechtsrahmen und gezielterer Förderkulisse. Das Eckpunktepapier gibt somit Hinweise und Anregungen für die aktuelle Diskussion zur Novellierung des Energieeinsparrechts und für die Verbesserung des Rechtsrahmens für Energieeffizienz. www.staedtetag.de

Statement des Deutschen Städte u. Gemeindebundes zur Wohnungspolitik. BERLIN. Der DStGB hat unter ➔

➔ dem Titel „Wohnungsbau forcieren – Nachhaltige Stadtentwicklung stärken“ ein Positionspapier zur Wohnungspolitik veröffentlicht. Darin heißt es u.a.: „Die Anzahl der von Januar bis November 2016 genehmigten Wohnungen lag mit 340 000 um 23% über dem Vorjahresniveau. Um den vielen Wohnungssuchenden, insbesondere in den stark nachgefragten Städten und Gemeinden, eine Chance auf eine bezahlbare Wohnung zu bieten, bedarf es aber einer langfristigen Wohnungsbauoffensive. Bis zum Jahr 2020 besteht in Deutschland ein Bedarf von mindestens 350 000 Wohnungen pro Jahr. Hierzu trägt auch der Bedarf aufgrund der hohen Zuwanderung bei. Im Jahr 2015 kamen über 1 Million Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland, im Jahr 2016 rund 300 000. Auch wenn nicht alle Flüchtlinge und Asylsuchenden auf Dauer in Deutschland bleiben werden, wird der Bedarf an Wohnraum in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Bund und Länder sind daher aufgefordert, schnellstmöglich die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um auf diesen Wohnungsbedarf reagieren zu können. Das am 9. März 2016 vorgestellte 10-Punkte-Programm der Bundesregierung für eine Wohnungsbauoffensive zielt in die richtige Richtung. Nun gilt es, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Soziale Ausgewogenheit erfordert bezahlbaren Wohnraum. Bezahlbare Wohnungen haben für die soziale Ausgewogenheit in unseren Städten und Gemeinden und für deren Attraktivität eine entscheidende Bedeutung. Als problematisch erweist sich hierbei, dass der Bestand an mietpreis- und belegungs- gebundenen Wohnungen stark rückläufig ist. Jährlich verlieren etwa 70 000 Wohnungen den Sozialstatus. Hinzu kommt, dass Wohnungen mit sozialer Bindung vielfach von Mietern genutzt werden, die aufgrund ihres Einkommens keine Berechtigung hierzu haben. In der Praxis konkurrieren zudem immer häufiger einkommensschwächere Haushalte auch mit Zuwanderern um günstigen Wohnraum. Ein durch Bund und Länder unterstützter und zielgerichteter Neu- und Umbau im Wohnungsbereich ist daher dringend erforderlich. Ziel muss die Beseitigung des Wohnraum Mangels bei gleichzeitiger Bezahlbarkeit sein. Hierbei ist darauf zu achten, dass die verschiedenen Wohnungssuchenden nicht „gegeneinander ausgespielt werden“. Die Förderung muss sozial ausgerichtet und von der Wohnungslage und den Wohnungsgrößen her nachfragegerecht gestaltet werden.“ Positionspapier herunterladen: www.dstgb.de.

Zusammenstellung:
Ulli Jäckel, Hamburg



DOKUMENTIERT Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst Länder

Auch zweite Runde ohne Ergebnis

„Wir sind von einem Durchbruch weit entfernt. Jetzt müssen wir mit Warnstreiks für Bewegung in den Verhandlungen sorgen.“ So lautet die ernüchternde Bilanz des Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske nach der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. In den kommenden Tagen ist mit Arbeitsniederlegungen zu rechnen ... Die dritte Tarifrunde findet am 16./17. Februar 2017 ebenfalls in Potsdam statt. „Die Höhe eines Lohnabschlusses, einer sozialen Komponente für die unteren und mittleren Einkommensgruppen, strukturelle Verbesserungen für weitere Gruppen – all das ist auch nach zwei Verhandlungsrunden völlig offen geblieben“, betonte

Bsirske. „Also es gibt kein Angebot. Jetzt müssen sich die Beschäftigten in den Betrieben einmischen“, sagte Bsirske.

Das Ergebnis der 2. Verhandlungsrunde in kurzer Zusammenfassung:

Die Arbeitgeber legen kein Angebot zur Tabellenerhöhung bzw. zur Erhöhung der Auszubildendenvergütung vor. Verdi fordert, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, das Entgelterhöhungen einschließlich einer sozialen Komponente und der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 umfasst. Die Arbeitgeber wollen zu Verbesserungen bei der Entgeltordnung, insbesondere für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst sowie in der Pflege eine Prozessvereinbarung abschließen. Die Verhandlungen sollen erst nach der Tarifrunde geführt werden. Die Arbeitgeber wollen für die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst nicht die Regelungen für die Beamtinnen und Beamten über ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Dienst übernehmen. Die Arbeitgeber wollen keine Zusage zur Übernahme des Verhandlungsergebnisses auf die

Unsere Forderungen

- 6% Gesamtforderung mit sozialer Komponente
- keine sachgrundlosen Befristungen
- 90€ für Auszubildende
- Übernahme nach der Ausbildung
- mehr Urlaub für Auszubildende



DOKUMENTIERT Volksbegehren „G9-jetzt!“, Der falsche Weg!

GEW NRW lehnt Vorschläge der Initiative ab

Der Gesetzentwurf, den die Initiative „G9-jetzt!“ durch Volksbegehren durchsetzen will, ist aus Sicht der GEW NRW ungeeignet, Grundlage für ein modernes Gymnasium in Nordrhein-Westfalen zu sein. Zudem liegen Konzepte der Parteien vor, die zu Hoffnungen berechtigen, dass es nach der Landtagswahl eine bessere Reform der Schulzeitverkürzung geben wird als die von der Initiative vertretene.

Im Kern geht es im Gesetzentwurf darum, die Wochenstundenzahl am G9-Gymnasium deutlich zu reduzieren und den Ganztags am Gymnasium obsolet zu

machen. Die Vorgabe der maximalen Wochenstundenzahlen in der Sekundarstufe I (180 Jahreswochenstunden) und der Sekundarstufe II (90 Jahreswochenstunden) hat massive Auswirkungen auch auf die anderen Schulformen, auf Ganztagsgymnasien und andere Ganztagschulen. Es hätte eine umfangreiche Veränderung der Regelungen der gymnasialen Oberstufe zur Folge.

Lapidar zu sagen, dass die Reduzierung von 34 auf 30 Wochenstunden je Jahrgang in der Sekundarstufe II lediglich die Zahl der Grundkurse auf ein

Beamtinnen und Beamten geben. Das hätten die jeweiligen Landesgesetzgeber zu entscheiden. Die Arbeitgeber wollen keine tarifvertragliche Regelung zu sachgrundlosen Befristungen.

Das sei Aufgabe des Gesetzgebers.

Weil es um mehr geht!

Unsere berechtigten Forderungen nach Verbesserungen bei der Entgeltordnung wollen sie erst nach der Tarifrunde verhandeln und somit auf die lange Bank schieben. Einen Abschluss gäbe es dann erst in der nächsten Tarifrunde. Das würde bedeuten, dass insbesondere die Angleichung der Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder und der Erzieherinnen und Erzieher der an den TV-L gebundenen Studentenwerke sowie der Pflegekräfte an die Bezahlung bei den Kommunen verzögert wird. Trotz des Fachkräftemangels würden die Beschäftigten der Länder weiter von den Beschäftigten der Kommunen abgekoppelt! Bei unserer Forderung nach Tarifierung der schulischen Ausbildungsgänge, insbesondere

in den Gesundheitsberufen, geben sich die Arbeitgeber unwissend. Dabei übersehen sie, wie wichtig diese Ausbildungen für die

Krankenhäuser sind. Gleichzeitig setzen sie damit die Benachteiligung der zumeist jungen Frauen in diesen Ausbildungen fort. In der Frage der Begrenzung sachgrundloser Befristungen sehen die Arbeitgeber nicht, dass sie mit befristeten Verträgen den erforderlichen Fachkräftenachwuchs nicht gewinnen können. Von den negativen Auswirkungen für die betroffenen Beschäftigten ganz zu schweigen. Die Ländervertreter wollen keine Zusage geben, das Ergebnis der Tarifverhandlungen zeit- und inhalts- gleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Stattdessen verweisen sie darauf, dass das Angelegenheit der Länderparlamente sei. Damit verstecken sie sich hinter den Abgeordneten, obwohl es die Regierungen sind, die die Gesetzesentwürfe vorlegen. www.verdi.de

Bayerische Schulleitungen schreiben Brandbrief an Seehofer.

Pressemitteilung BLLV, 9.2.17. – In einem Brandbrief an Ministerpräsident H. Seehofer klagt die Präsidentin des Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), S. Fleischmann: „... Viele der rund 5000 Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen und Verwaltungsangestellte sind am Ende ihrer Kraft“. ... Die Fülle der Aufgaben und Anforderungen sei immens und ständig kämen neue dazu – „Wir brauchen keine Zuckerl. Wir brauchen eine echte Reform.“ ... „Wir haben immer wieder gefordert, die Tätigkeiten der Schulleitungen zeitlich neu zu bewerten, professionelle juristische Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen, die Verwaltungsangestellten zu entlasten, finanziell besser zu stellen und Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen.“ ... Im Namen der Teilnehmer/innen der „Werkstatt Schulleitung“, Grund- und Mittelschulen Bayerns und ihrer Verwaltungsangestellten fordert der BLLV: mehr Leitungszeit für die Schulleitungen, mehr Verwaltungsangestellte und das Aussetzen der Externen Evaluation als belastungsmindernde ... Sofortmaßnahme Quelle: www.bllv.de



Warnstreik in Hamburg.

Foto:
Verdi
Hamburg

www.verdi.de

sinnvolles Maß zurückführen würde, ist sehr schlicht gedacht. Es könnte auch eine Reduzierung der Stundenzahl für die Leistungskurse oder andere Veränderungen nach sich ziehen, die gar nicht im Schulgesetz, sondern in der Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe (APO-GOST) zu regeln sind und die ein Rückschritt wären.

Die Vorgabe, dass das Gesetz zum 1. August 2017 und sofort für die Jahrgangsstufen 5 bis 8 in Kraft treten soll, würde – ohne die vorherige Erstellung neuer Lehrpläne, neuer Ausbildungs- und Prüfungsordnungen und neuer Schulbücher – zu einem ähnlichen Chaos führen wie die unvorbereitete Einführung von G8. Das sollte man weder den Schüler*innen noch den Lehrkräften zumuten.

Ganz abgesehen von den kurz skizzier-

ten Problemen würde die Reduzierung der Stundenzahl eine massive Streichung von Stellen für Lehrer*innen zur Folge haben. Auch das ist nicht im Sinne der jungen Kolleg*innen, die sich auf den Lehrberuf vorbereiten.

Individuelle Lernzeiten an jedem Gymnasium ermöglichen

Im Landtagswahlkampf haben die Parteien Vorschläge vorgelegt, die auf Gymnasien mit unterschiedlich langen Lernzeiten abzielen. Diese Vorschläge unterscheiden sich darin, wie das Nebeneinander von G8 und G9 am Gymnasium gestaltet werden soll. Aus Sicht der GEW NRW muss vermieden werden, dass jedes Gymnasium zwischen G8 und G9 entscheiden muss. Es sollte stattdessen gelingen, unterschiedlich lange Lernzeiten an jedem Gymnasium möglich zu machen. www.gew-nrw.de

Ohne verbindliche Personalschlüssel keine gute Krankenversorgung!

Pressemitteilung des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DbfK), 9.2.17. – Aufgrund der aktuellen Studie „Nurse to Patient Ratios“ der H.-Böckler-Stiftung wiederholt der DbfK seine Forderung nach gesetzlich vorgegebenen Pflegepersonalbemessungsstandards in den Krankenhäusern. „Seit Jahren ist die Pflegepersonalbemessung in deutschen Kliniken höchst problematisch und nicht annähernd auf dem Niveau anderer europäischer Staaten“, sagt DBfK-Sprecherin J. Knüppel. „Pflegemängel, Hygiene-Defizite, Kommunikationsfehler, ungenügende Patientensicherheit und „Abfertigung am Fließband“ sind die Folgen. Die ständige Diskrepanz zwischen dem, was nötig wäre und dem, was unter den gegebenen Bedingungen leistbar ist, zermürbt die Beschäftigten, viele werden krank, brennen aus oder flüchten aus dem Beruf ...“, so Knüppel. Das Argument, verbindliche Personalschlüssel seien nicht handhabbar ... kann nicht gelten. Eine Reihe von Ländern arbeiten seit Jahren damit und haben gute Erfahrungen gemacht. Wir brauchen gesetzliche Vorgaben für die Bemessung des Pflegepersonals einschließlich wirksamer Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen“, fordert die DbfK-Referentin. Quelle: www.dbfk.de

Zusammenstellung:

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Der geschf. Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei, Thüringen, zur Rede von B. Höcke, AfD: „... Die Stimme gegen ein Mitglied des Thüringer Landtages zu erheben, ist sicher nicht politisch neutral, aber heute muss es sein. ... Ja, Gewerkschaften sind grundsätzlich zur politischen Neutralität aufgefordert. Aber Björn Höcke ist nicht erst in seiner Dresdner Rede zu weit gegangen, hier hat er es unserer Meinung nach jedoch auf die Spitze getrieben. Gedenkstätten, die an die Gräueltaten der Nazivergangenheit unseres Vaterlandes erinnern müssen, in dieser Art zu verunglimpfen, ist für die Gewerkschaft der Polizei Thüringen schlicht nicht zu ertragen und nur die Spitze des Eisbergs von nazistischen Entgleisungen des Thüringer Landesvorsitzenden der AfD. ... Wir fordern von allen Polizeibeschäftigten in Thüringen, die in irgendwelcher Art Kontakte zur AfD pflegen, diese jetzt intensiv zu überdenken. Für die GDP Thüringen jedenfalls ist es jetzt in Granit gemeißelt, es wird keinerlei Kontakt zwischen der GdP Thüringen und der AfD geben. Wir schämen uns dafür, dass es ein demokratisch gewählter Abgeordneter des Thüringer Landtages ist, der ungestraft solche Reden hält.“

Rosemarie Steffens

Quelle: Info 03/2017 GdP Thüringen.

Die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg beantragt ganz in Höckes Sinn:

Keine Zuschüsse mehr für die Gedenkstätte Gurs. (Ins Lager Gurs am Fuß der Pyrenäen hat der ehrgeizige Nazi-Gauleiter von Baden und später Baden-Elsaß Robert Wagner ab 1940 die badischen Juden deportiert.) Der Antrag der AfD wurde von allen politischen Fraktionen im Landtag mit heftigem Protest abgelehnt – am Ende stellt sich Meuthen vor den Landtag, zieht den Antrag zurück, spricht fadenscheinig von einem „Irrtum“ und pöbelt alle anderen an, sie hätten „mal wieder völlig unbegründet die Antisemitismus- und Rassismuskulte“ geschwungen. Der eigentliche Skandal wäre das, was „die Kartellparteien daraus machten“. SPD und FDP nennen die AfD eine „Schande“ für den Landtag, woraufhin der AfD-Abgeordnete Fiechtner Martin Schulz und Ralf Stegner als Antisemiten bezeichnet. Er sagt: „Sie (die AfD) braucht sich wirklich nicht anfeinden zu lassen von einer Partei, die Antisemiten wie Martin Schulz und Ralf Stegner in ihren Reihen hat.“ Mit Feixen, Pöbeln und mit verachtenden Gesten sitzen die AfDler in ihren Parlamentssesseln. Kretschmann ruft dazu auf, „leidenschaftlich und beharrlich die Voraussetzungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verbessern“ – aus der Mitte heraus, ohne Verordnung von oben. *Eva Detscher*

Das NPD-Urteil ist ein Bären dienst für die Demokratie!

Seit Jahrzehnten hat die Antifa-Bewegung, die VVN-BdA, die PDS/Die Linke, die Antifaschistischen Nachrichten, aber auch die vielen örtlichen Antifa-Gruppen immer wieder die Forderung nach einem Verbot der NPD erhoben. In den örtlichen Auseinandersetzungen spielte und spielt dabei immer wieder eine Rolle, ob eine Nazi-Demonstration durch die Polizei verboten werden kann und ob die Gerichte dann ein solches Verbot überhaupt akzeptieren.

Die Ablehnung des Verbotsantrages der Bundesländer durch das Bundesverfassungsgericht ist eine herbe Niederlage für alle diese zahlreichen Bemühungen, Verbote zu erwirken. Das Urteil ist auch eine Legitimation für alle extrem rechten Kräfte.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes resümiert am Schluss des Urteiles, dass auf „Einschüchterungen und Bedrohung“ durch Rechtsextreme mit den „Mitteln des präventiven Polizeirechts und des repressiven Strafrechts rechtzeitig und umfassend reagiert werden“ muss. Das war ja gerade das Problem, dass es nicht reichte und dass ein Verbot zur Auflösung und Ächtung dieser Organisationen beitragen sollte, um Anschläge, Übergriffe und Gewalt zu verhindern. Hunderte Menschen sind von Rechtsextremen in den letzten Jahrzehnten ermordet worden. Nach dem NSU-Skandal nun der NPD-Skandal, der diesmal einfach weggedrückt wird.

Es gab bei der Verkündung des Urteils zahlreiche kritische Kommentare. Eine umfassende kritische rechtliche Bewertung ist dem Autor nicht bekannt. Da es das bisher umfangreichste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist, ist dieser Artikel ein Einstieg in eine kritische Diskussion.

„Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus“, aber kein Verbot

Für das Bundesverfassungsgericht ist die NPD verfassungsfeindlich, sie bekämpft den Staat und ist mit dem Nationalsozialismus nicht nur verbunden, sondern steht in dessen Tradition:

„Ist die Wesensverwandtschaft einer Partei mit dem Nationalsozialismus feststellbar, rechtfertigt dies für sich genommen die Anordnung eines Parteiverbotes nicht.“ (591)¹

„Die Antragsgegnerin (NPD, d. Red) arbeitet im Rahmen ihrer organisatorischen Möglichkeiten und auf Grundlage eines strategischen Konzepts planmäßig auf die Umsetzung ihrer verfas-

sungsfeindlichen Ziele hin.“ (846)

Im Urteil gibt es sogar einen sehr ausführlichen illustrativen Teil, der aber so unscharf ist und keinen Nachweis erbringt, dass die NPD und deren Mitglieder Gewalt anwenden und mordend durch das Land ziehen. Die Frage, wie es kommen kann, dass in den letzten Jahren Hunderte von Menschen ermordet wurden, stellt sich das Gericht nicht. Vielleicht war auch die Klagschrift der Bundesländer unscharf.

Auf jeden Fall kommt das Bundesverfassungsgericht zu dem Urteil:

„Eine Durchsetzung des verfassungsfeindlichen politischen Konzeptes der Antragsgegnerin mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint ausgeschlossen.“ (897)

Das Gericht beschreibt im Urteil ausführlich, wie wenig erfolgreich die NPD bei parlamentarischen Wahlen ist. Aber hat nicht die NPD über Jahrzehnte einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass es inzwischen eine rechtspopulistische AfD gibt, die Wahlergebnisse bis über 20 Prozent bei Landtagswahlen erfährt und in der öffentlichen Diskussion zum Teil dominant agiert? Haben nicht inzwischen die NPD und die Kameradschaften eine ganz andere Rolle eingenommen, nicht die außerparlamentarische Opposition, sondern der schlagende, gewalttätige Arm der extrem Rechten in den Parlamenten?

Der Rechtsextremismus-Experte Fabian Virchow bringt es auf den Punkt: „Viele Nationalsozialisten, die in Kameradschaftsstrukturen ausgewichen waren, werden nun erkennen, dass es viel besser ist, sich als Partei zu organisieren und das Parteienprivileg in Anspruch zu nehmen.“² Kürzlich erklärte Fabian Virchow: „Die Herausforderung liegt ohne Zweifel bei der AfD.“ Die AfD-Akteure wollten nicht nur parlamentarische Titel, sondern auch auf den Straßen präsent sein.

Virchow warnt „Es gibt eine Entgrenzung von Gewalt und auch deren Qualität verändert sich“, sagte Virchow. Außer Flüchtlingen in ihren Unterkünften würden zunehmend auch „Repräsentanten einer gemäßigten Asyl- und Betreuungspolitik“ Opfer rechtsextremer Gewalt, sagte der Forscher auf einer Veranstaltung des DGB in NRW.³

Das Bundesverfassungsgericht sieht das nicht und urteilt:

„Ein Parteiverbot kommt vielmehr nur in Betracht, wenn eine Partei über

hinreichende Wirkungsmöglichkeiten verfügt, die ein Erreichen der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele nicht völlig aussichtslos erscheinen lassen, und wenn sie von diesen Wirkungsmöglichkeiten auch Gebrauch macht. Dies ist nicht der Fall, fehlt es an einem „Drauf Ausgehen“ im Sinne des Art. 21, Abs. 2 GG.“ (586)

Neue Rechtsprechung nach dem KPD-Urteil

Das obige Zitat geht noch mit einer überraschenden Feststellung weiter:

„An der hiervon abweichenden Definition im KPD-Urteil, nach der es einem Parteiverbot nicht entgegenstehe, wenn für die Partei nach menschlichem Ermessen keine Aussicht darauf besteht, dass sie ihre verfassungswidrigen Absichten in absehbarer Zukunft werde verwirklichen können (vgl. BVerfGE 5, 85<143>) hält der Senat nicht fest.“

Das Bundesverfassungsgericht hatte 1956 geurteilt:

„Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie als die heutige in der Bundesrepublik deshalb erstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen, mag diese Beseitigung auch erst im Zusammenhang mit oder nach der Wiedervereinigung stattfinden sollen.“⁴

Diese Kehrtwende des Gerichtes ist überraschend. So greift das Gericht die jahrzehntelange Kritik gegen das KPD-Urteil auf, und wendet sie zur Legalisierung der NPD. Bitter für linke Kritik.

Die KPD hat in den 50er Jahre Fehler gemacht: Es war falsch eine „nationale Lösung“ anzustreben, es war aber fahrlässig, als KPD einen Sitz im ZK der SED zu haben und damit eine Angriffsfläche für ein Verbot zu liefern.

Die KPD war aber keine menschenverachtende, nationalistische und völkische Partei. Das KPD-Urteil reichte aber weit und war die Grundlage der Berufsverbote gegen Hunderte von Lehrerinnen und Lehrern sowie anderen Beamten.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit diesem Urteil der Demokratie einen Bärendienst erwiesen und die Gefahr von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus verharmlost. *Jörg Detjen, Köln*

1 NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.1.2017. Die Nummern in Klammern sind die Randnummer des Urteiles

2 www.migazin.de/2017/01/18/experten-zum-mpd-urteil-rechtsextremisten-jetzt-noch-gefahrlicher/

3 www.evangelisch.de/inhalte/142011/01-02-2017/rechtsextremismus-forscher-afd-gefahrlicher-fuer-deutschland-als-mpd

4 KPD-Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 17.8 1956

Redaktionelle Vorbemerkung. Das Regime Erdogan baut die autoritäre Demokratie der Türkei in eine nationalistische Diktatur um. Spitzelwesen, Repression und Terror bis hin zum politischen Mord treffen Menschen, die wegen Kultur-, Wirtschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen mit der Türkischen Republik zu tun haben, denn der türkische Staat baut seine Auslandsgeheimdienste aus und nutzt dazu das weite Feld konsularischer Tätigkeit. Öffentlich ruchbar geworden ist die Strategie, in den Einrichtungen islamischer Gemeinden Geistliche als Spitzel einzuspannen und dass dieses Vorgehen gerade in diesem Bereich aufgefliegen ist, darf als Beleg für Spannungen zwischen dem türkischen Staat und den Religionsgemeinschaften gewertet werden, die andauern werden. Denn anders als von den Gläubigen erhofft, beseelt im Regime Erdogan nicht der fromme Islam den Staat, vielmehr will eine sehr weltlich interessierte Diktatur das religiöse Leben beherrschen. Wenn islamische Religionsgemeinschaften ihren Platz in einer rechtlich geordneten Gesellschaft vertraglich zu bestimmen suchen und Anerkennung finden, entsteht ein Rechtsraum, in dem Spitzelei vorkommt, aber skandalös wird. Das Problem wird sichtbar. Dabei liegt nicht auf der Hand, dass Übergriffe eines Staates auf das religiöse Leben vorliegen. Die Ereignisse lassen sich auch der Religion schlechthin, dem Islam im besonderen, der türkischen Sunna speziell usw. usf. anhängen.

Die Mehrheit aus SPD und Grünen hat in Hamburg sichergestellt, dass Anträge auf Aussetzung oder Kündigung der Staatsverträge, die die islamischen Religionsgemeinschaften rechtlos gestellt hätten, abgelehnt wurden. Die Fraktion der Linken hat den Antrag der FDP auf Kündigung der Staatsverträge zwar abgelehnt, sich aber bei dem Antrag der CDU auf Aussetzung des Vertrags mit der DITIB mehrheitlich enthalten. Wir dokumentieren 1) die Rede, in der Christiane Schneider, die religionspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, erläutert, wieso die Fraktion die Abstimmung freigegeben hat und wieso sie selbst gegen Aussetzung oder gar Kündigung abstimmt. 2) Die Stellungnahme des Interreligiösen Forums Hamburg. 3) Den Text der FDP, „Dialog auch ohne Staatsvertrag“, der ausblendet, dass eine rechtlich sichere Position beider Seiten erforderlich ist, wenn von einem demokratischen Dialog die Rede sein soll. Schließlich sei angemerkt, dass dieser schwierige Komplex in dieser Zeitschrift und auch bei der Winterschule der ArGe Thema war. (Siehe dazu auch K-H. Lechner in PB Nr. 1/2017 sowie in der Beilage zu dieser Ausgabe der PB). Bei der Jahrestagung unseres Trägervereins wird die weitere Aufarbeitung des Themas beraten. (siehe S. 21)

Dok 1: Christiane Schneider in der Hamburger Bürgerschaft zum Thema Staatsverträge / staatsbürgerliche Rechte der Muslime

Vier Jahre ist der Vertrag mit den drei islamischen Religionsgemeinschaften alt – und gleich drei Fraktionen beantragen aus Anlass der ersten größeren Krise seine Kündigung bzw. teilweise Aussetzung. Ich will es gleich zu Beginn sagen: Meine Fraktion hat sich nicht auf eine gemeinsame Position verständigen können. Wir haben die Abstimmung über alle Anträge freigegeben. Dass wir uns nicht haben verständigen können, hängt mit der komplexen Problematik zusammen.

DITIB ist mit Vorwürfen konfrontiert – Vorwürfe, die die Störung des interreligiösen Friedens und des friedlichen interkulturellen Zusammenlebens betreffen und teilweise von strafrechtlicher Bedeutung sind. So der Vorwurf der Spionage gegen mehrere Imame in NRW und Bayern und, ganz aktuell, die der absolut inakzeptablen antisemitischen Hetze auf Seiten einer hessischen DITIB-Gemeinde.

Das sind schwerwiegende Vorwürfe. Aber wer deshalb den Vertrag auf Eis legen oder gleich ganz kündigen will, der sollte sich auch die Mühe machen darzulegen, inwieweit der betroffene Vertragspartner, nämlich der DITIB-Landesverband, dieser Verletzungen begangen oder sie gebilligt hat. Das ist nach meiner Auf-

fassung rechtsstaatlich geboten. Und der sollte vor allem auch, so meine ich, die Konfliktregularien aus Art. 12 und 13 nutzen, die der Vertrag vorsieht.

Die drei Anträge erheben keine konkreten Vorwürfe gegen den Vertragspartner DITIB Hamburg.

Aber es ist tatsächlich sehr viel komplizierter. Das hängt mit der Verfasstheit von DITIB und mit der politischen Entwicklung in der Türkei zusammen. Der bundesweite Islam-Verband DITIB und seine Mitgliedsverbände sind seit je eng mit der türkischen Regierung verflochten. Er untersteht der dauerhaften Leitung, Kontrolle und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei, das dem türkischen Ministerpräsidentenamt angegliedert ist. Die Imame werden aus der Türkei entsandt und sind de facto Beamte des türkischen Staates. Ich führe die Verflechtungen nicht weiter aus. Die Problematik war beim Abschluss der Verträge bekannt. Aber sie hat sich erheblich verschärft, und zwar

in dem Maße, wie Erdogan die Türkei in eine autoritäre Demokratie und auf den Weg zu einer Diktatur bringt;

in dem Maße, wie das Regime Erdogan türkisch-stämmige MigrantInnen in Deutschland für nationalistische Mobi-

lisierung und DITIB für die Verfolgung Andersdenkender in Anspruch nimmt.

Über DITIB-Moscheen reicht Erdogans langer Arm bis nach Deutschland. Die Anwerbung von Imamen – Geistlichen! – für geheimdienstliche Tätigkeit ist ein ungeheuerlicher Vorgang.

Das muss von den vielen tausend MigrantInnen hier in Hamburg, die in Opposition zu Erdogans Politik stehen, deren Freunde, Bekannte und Verwandte, deren politische VertreterInnen in der Türkei in existenzielle Not, ins Gefängnis oder auch ums Leben gekommen sind, als ernsthafte Bedrohung verstanden werden. Das ist in der Tat eine ernsthafte Bedrohung. Deshalb sagt meine Fraktion, und das einhellig:

Das geht überhaupt nicht. Die alevitische oder kurdische Community, türkisch-stämmige Oppositionelle oder Andersgläubige müssen sich in Hamburg vor Erdogan sicher fühlen können. Sie dürfen nicht Angst haben müssen, dass Erdogans verlängerter Arm sie bedroht. Deshalb muss DITIB nachprüfbar Garantien schaffen, dass von ihren Moscheen keine Bedrohung Andersdenkender

und Andersgläubiger ausgeht. DITIB muss – auch hier in Hamburg – einen Schnitt machen und sich aus dem organisatorischen und politischen Einfluss durch das Regime Erdogan lösen. Das ist zugegeben nicht leicht, aber unverzichtbar.

Niemand von uns will jetzt den Vertrag kündigen. Doch einige wollen, dass die FHH DITIB jetzt die gelb-rote Karte zeigt, ähnlich wie es die CDU will, allerdings nicht mit der Absicht der politischen Instrumentalisierung.

Ich gebe aber zu bedenken, dass Verträge geschlossen werden für den Belastungsfall. Für mich hat der Vertrag, gerade auch mit seinen Konfliktregulierungen, eine große Bedeutung, weil er die durch die Verfassung garantierte Religions- und Bekenntnisfreiheit vertraglich ausformuliert und damit die staatsbürgerlichen Rechte der Muslime in Hamburg anerkennt. Wenn wir hier und heute den Weg der Aussetzung oder Kündigung beschreiten, dann hätte das, so ist meine Befürchtung, in diesen Zeiten des drohenden weltweiten Kulturkampfes eine verheerende Wirkung.

Dok 2: Stellungnahme des interreligiösen Forums Hamburg: Staatsverträge sind wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog

Mit Sorge nimmt das Interreligiöse Forum Hamburg die gegenwärtige Diskussion um das Verhältnis zwischen Stadt und Religionsgemeinschaften auf.

Ausgelöst u.a. durch politische Entwicklungen in der Türkei, die im Interreligiösen Forum kritisch diskutiert und von nicht wenigen auch als Gefährdung der Religionsfreiheit gesehen werden, erheben sich nun Stimmen, die Verträge zwischen Stadt und muslimischen Religionsgemeinschaften grundsätzlich infrage zu stellen.

Die Staatsverträge, welche die Freie und Hansestadt Hamburg in den vergangenen Jahren nicht nur mit der Nordkirche und dem Erzbistum Hamburg, sondern auch mit der Jüdischen Gemeinde, der Alevitischen Gemeinde und den drei islamischen Religionsgemeinschaften DITIB, Schura und VIKZ geschlossen hat, haben eine wichtige Doppelfunktion: Sie sind Anerkennung und Verpflichtung zugleich. Sie erkennen an, dass die Religion einen wertvollen Beitrag als Mittlerin zwischen unterschiedlichen Kulturen und Traditionen zu leisten vermag und erleichtern den Religionsgemeinschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie zeigen die verfassungsrechtliche Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf und verpflichten sie zugleich auf die Grundwerte unserer Gesellschaft.

Daneben bieten gerade die Verträge das Instrumentarium, auftretende Probleme

und Konflikte zu bearbeiten und zu lösen. Es ist daher aus unserer Sicht nicht konstruktiv, die Kündigung solcher Verträge ausgerechnet in einer Situation zu fordern, in der diese Form des institutionalisierten Dialogs dringend gebraucht wird. Als Interreligiöses Forum Hamburg appellieren wir daher an die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt, an den Staatsverträgen festzuhalten.

Gerade hier in Hamburg hat der Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander und mit dem Staat zu einem bemerkenswerten und bundesweit beachteten friedlichen Zusammenleben beigetragen. Dieses Modell wurde immer von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen und sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

In diesem Geist haben wir Religionsgemeinschaften auch in unserer Neujahrsbotschaft 2017 bekräftigt: „Wir werden nicht aufhören, für die Freiheit des Glaubens und des Gewissens und für den wechselseitigen Respekt zwischen Menschen verschiedener Religion und Weltanschauung einzutreten. Wer Hass und Gewalt propagiert, hat keinen Platz in unseren Gemeinden. Nur im friedlichen Dialog, in Begegnungen und mit Argumenten können Probleme gelöst und Vorurteile abgebaut werden.“ Daran werden wir weiter festhalten.

Im Interreligiösen Forum Hamburg

wirken führende Vertreter folgender Religionsgemeinschaften und Institutionen mit: Alevitische Gemeinde, Bahà'i-Gemeinden Hamburg, Buddhisten, Katholische Kirche – Erzbistum Hamburg, Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Hindus und Zentralrat der Inder, Jüdische Gemeinde Hamburg, Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg sowie die Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg.

Dok 3 Presseerklärung der FDP

<http://www.fdp-fraktion-hh.de/dialog-auch-ohne-staatsvertrag-moeglich/>

„Dialog auch ohne Staatsvertrag möglich

In der Debatte zum Hamburger Islam-Staatsvertrag und dem Antrag der FDP-Fraktion sagt die Vorsitzende der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Katja Suding:

„Der Dialog mit und zwischen den Religionen ist wichtig und muss geführt werden. Allerdings bedarf es dazu keines Staatsvertrages. Das hat die FDP-Fraktion bereits vor vier Jahren deutlich gemacht. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus hatte die FDP 2013 dem Islam-Staatsvertrag deshalb als einzige Fraktion nicht zugestimmt. Bis heute existiert auch in keinem anderen Bundesland ein vergleichbarer Vertrag – außer in Bremen und der wird regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.“

Zudem gab es schon damals Zweifel an der Verlässlichkeit einiger Vertragspartner. Die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit haben uns leider in dieser Auffassung bestärkt. DITIB wird verdächtigt, als verlängerter Arm des türkischen Geheimdienstes in Deutschland tätig zu sein. Aus ihren Reihen wurden zum Beispiel nicht regierungskonforme Mitbürger ausspioniert. Das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) beteiligt sich wiederum regelmäßig an antisraelischen Demonstrationen im antisemitischen Umfeld.

Gerade bei Staatsverträgen erwarten wir jedoch, dass alle Partner auf dem Boden unserer Verfassung stehen. Die Vorwürfe gegen einige Vertreter der DITIB und des IZH sind so gravierend, dass die Geschäftsgrundlage des Staatsvertrages unserer Meinung nach nicht mehr ausreichend gegeben ist. Der Islam-Staatsvertrag muss daher aufgelöst werden. Wir fordern von Rot-Grün eine umfassende Klärung, wie dies möglich ist. Außer ständigen Beteuerungen, man sei im Dialog mit den Vertragspartnern, gab es bislang keinerlei greifbare Ergebnisse. Das ist zu wenig. Hier muss endlich etwas passieren.“

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 8. und 9. April 2017 in Mannheim

Anmeldung: Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof (wenige Minuten zu Fuß). Da wir uns frühzeitig verbindlich anmelden müssen, bitte umgehend eine Mail senden an: alfred.kuestler@gnnverlage.com.

Kommunikationsdaten der Jugendherberge Mannheim: Rheinpromenade 21, 68163 Mannheim, Tel. 0621 822718, info@jugendherberge-mannheim.de; www.jugendherberge-mannheim.de.

Samstag, 8. April 13-18.30 Uhr

13 Uhr Einlass, Registrierung

13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorisches

13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte, Haushaltsbericht 2016 und Haushaltsbeschluss 2017, Wahlen zum Vorstand
bis 15 Uhr Kaffeepause

15–17.30 Uhr Arbeitsgruppen:

AG1: In der BRD droht ein Kulturkampf: Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf. Aktueller Anlass: der Streit um die Hamburger Verträge mit den Islamverbänden. Wir wollen dazu lehrreiche Analogien in der deutschen Geschichte beobachten. **Vorbereitung und Einleitung:** Karl-Helmut Lechner, Norderstedt. Input: Christiane Schneider, Hamburg

1. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Die Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG seit 1949: Der weltanschaulich-religiöse Pluralismus entzieht der traditionellen Fixierung auf die beiden großen Kirchen in der religionspolitischen Diskussion und Praxis allmählich den Boden – zugunsten einer breiteren Perspektive auf Religionen und Weltanschauungen. Die Begriffe von „Laïcité“ und „Laizismus“ sind nicht zur Klärung geeignet. Was taugt die sogenannte „hinkende Trennung von Kirche und Staat“ in der BRD (Artikel 140 GG)?

2. Der Streit um Gemeinschaftsschule in verschiedenen Bundesländern. Die unter dem Vorzeichen der Volksgemeinschaft von den Nazi 1937/38 durchgesetzte Entkirchlichung der Volksschulen wurde nach 1945 abgeschafft. Die evangelische bzw. katholische Bekenntnisschule wurde zur Regelschule. 1968 wurde dann z.B. in Bayern durch Volksentscheid die „Christliche Gemeinschaftsschule“ eingeführt.

3. November 1918: Der Kampf um die Trennung von Kirche und Staat. In den Kämpfen der revolutionären Regierungen z.B. in Preußen, Thüringen und Bayern ging es heftig um die staatliche Schulaufsicht. Die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche zielte nicht auf Akzeptanz religiöser Entfaltungsfreiheit. Sie sollte eine radikale Laisierung des öffentlichen Lebens vorbereiten. Verhandlungsstationen zur Weimarer Verfassung sind interessant.

4. Etappen des „Kulturkampfes“ der Jahre 1871 bis 1887. Der seit 1803 erstarkte Katholizismus in seiner fundamentalistisch-ultramontanen Form wird für die preußisch-protestantischen Reichsgründer zur „Schwarzen Internationale“, zum Reichsfeind. Bismarck bekämpft im Bündnis mit den Nationalliberalen die Katholische Kirche. Diese hat im „Zentrum“ ihre Partei und in Papst Pius IX. (Ultramontanisten) den wichtigsten Bündnis-

partner. Beide Seiten stilisierten die Juden zum Erzfeind des Christentums. Bismarck hat diesen „Kulturkampf“ nicht gewonnen. Der Preis liberaler Errungenschaften (Zivilehe; Austritt aus der Kirche) ist bezahlt mit der Spaltung der Bevölkerung in ein protestantisches und katholisches Lager über 1945 hinaus.

Unser Ziel ist eine Schriftenreihe, um das Thema für die politische Diskussion aufzubereiten. Sehr herzlich bitten wir um Mitarbeit!

AG2 Projekt Wegemarken/Kalenderblätter: Internationale Solidarität – Politische Traditionen und Wegemarken in den Ländern der Europäischen Union. **Vorbereitung/Einleitung:** Rolf Gehring, Brüssel, Eva Detscher, Karlsruhe
Mit jedem Kalenderblatt wird das Profil dieses Projektes klarer: die In-Recht-Setzung von Ergebnissen emanzipatorischer Bewegungen als Wegemarken zu begreifen. Bisher ist bei der Arbeit an jedem Kalenderblatt eine Spannung entlang des aufgeworfenen Themas entstanden, die ansteckend ist auch für Autoren, die das erste Mal mitmachen. Die Erfahrungen, aber auch die Sicht auf die Ereignisse und die sozialen Bewegungen variieren, haben aber in der Regel ausreichend gemeinsamen Grund, im Prinzip entstehen neue Sichtweisen, die eingefahrene Sehgewohnheiten überprüfbar machen. Solange wir diesen Impuls bemerken, sollten wir vertrauen, dass wir einen richtigen Weg eingeschlagen haben.

Wir wollen während der Arbeitsgruppe: Meinungen über die bisherigen Kalenderblätter zusammentragen – Die Zeitleistenpflege und -erweiterung besprechen – Über den Stand der Arbeiten informieren – Erfahrungen bezüglich der nötigen Kommunikation besprechen und Möglichkeiten der Beteiligung / Einflussnahme auf die Themenfindung und Auswahl der Inhalte ausloten – Weitere Überlegungen für die Ausgestaltung des Internetauftritts beraten – Über die nächsten Kalenderblätter informieren und für weitere Mitarbeit werben
Daneben müssen wir über die besonderen finanziellen Aufwendungen, die aus dem Projekt resultieren, und über eine Art Dokumentation der zeitlichen

Aufwendungen wie auch des Recherche-Umfangs und Herangehens beraten.

AG3: Linkekritik.de – Arbeitsplattform und Archiv. Vorbereitung: Barbara Burckhardt, Berlin, Martin Fochler, München, Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Zur Beratung vorgelegt wird – Politische Berichte. Die Zeitschrift bietet politisch Engagierten eine Chance zur kontinuierlicher Beobachtung politischer und sozialer Vorgänge bzw. zur Arbeit an Themen. Wir wollen den Zugang möglichst einfach und mit minimalem Zeitverbrauch gestalten. Das ist es sinnvoll, • **Geschäftsordnung und Produktionsplan der Zeitschrift** verbindlich zu fassen. In den letzten Monaten haben wir dazu Verfahren erprobt, die ein Ineinandergreifen von Themenplanung und Produktion leistet. Vorlage dazu bei der Konferenz.

– Zur Förderung der kontinuierlichen Arbeit am Thema erfassen wir Arbeitsergebnisse in unserer über das Internet zugänglich katalogisierten • **Sammlung linkekritik.de**. Die Politischen Berichte, kooperierende Zeitschriften und Einzelpublikation werden im PDF Format abgelegt und können per Volltextsuche, nach Sachgebieten und nach Autor/inn/en aufgerufen werden. Nach einer langen Phase des Experimentierens können wir nun eine • **Bedienungsanleitung** zur Diskussion stellen.

– Interessant ist schließlich auch, welche Verfahren Kooperation im Vorfeld von Veröffentlichungen stützen. Problemstichworte „Viele an einer Datei“ bzw. „Unendliche Versionsgeschichte“. Wir informieren über Varianten.

Wir diskutieren Arbeitstechniken. Dabei lassen wir uns von der Vermutung leiten, dass für die politische Meinungsbildung das von verantwortlichen Autor/inn/en und Redaktionen in einer festen Form gebrachte Werk für die Kommunikation unersetzliche Dienste leistet. Mit dem Format „PDF“ ist eine Brücke von „Druckvorlage“ und „Elektronischem Medium“ entstanden.

17.30–18.30 Uhr Berichte/ Anträge aus den Arbeitsgruppen

Sonntag, 9. April, 9–12 Uhr

(in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken)

AfD und Neue Rechte: Theorien, Ideologien, organisatorische Formierung – Bündnispolitik der Gegenkräfte für Menschenwürde, Demokratie, interkulturelle/ internationale Solidarität

Verschiedene Beiträge zur Information und Diskussion von Autorinnen und Autoren der Politischen Berichte sind geplant, zu: • den ideologischen Vorbereitern und Stichwortgebern von „konservativer Revolution“ über „Junge Freiheit“, Sarrazin und Sloterdijk mit seinen Schülern, • den Parteivorbildern der Rechten wie Le Pen in Frankreich oder FPÖ in Österreich, • den Erfahrungen aus Bündnisaktionen gegen AfD und Neue Rechte und für eine offene Gesellschaft der Solidarität.

Thema der Diskussion soll die Sammlung und Klärung von Ansatzpunkten, Zielen und Handlungsmöglichkeiten der Politik gegen Rechts sein.

Geburtsstunde der Prävention am Arbeitsplatz

In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts versuchen in Italien Beschäftigte, Arbeitsmediziner, Aktivisten und Gewerkschafter einen Ansatz zu entwickeln und in den Betrieben umzusetzen, schlechte Arbeitsbedingungen nicht mehr mit Geld zu kompensieren, sondern die Arbeitsbedingungen selbst zu ändern, zu verbessern. Eine schwunghafte Industrialisierung, schwerpunktmäßig in den Regionen um Mailand und Turin, führte zu einem enormen Ansaugen von Arbeitskräften, die zu großen Teilen aus den ländlichen Regionen des Südens stammen und in die Massenproduktion der Automobil- und anderer Industrien gespült werden. Eine soziale Zusammensetzung der Belegschaften entsteht, die in vielerlei Hinsicht sehr heterogen ist. Gerade die Arbeiter aus dem Süden haben traditionell keine Bindungen zu Gewerkschaften und oft wenig Interesse sich zu organisieren, sind aber auch nicht an die konkrete Arbeit oder gar Betriebe gebunden. Ihr Widerstandspotential ist stark und sicher auch einer der Gründe, warum sich in Italien in dieser Zeit viele gewerkschaftsunabhängige und autonome Strukturen („Basiskomitees“) bilden, die oft von der „68er-Bewegung“ geprägt sind.

Bei Farmitalia in Settimo Torinese, nahe Turin, einer Fabrik, die pharmazeutische Produkte herstellt, entstehen Anfang der 60er heftige Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen, konkret über die Exposition gegenüber gefährlichen

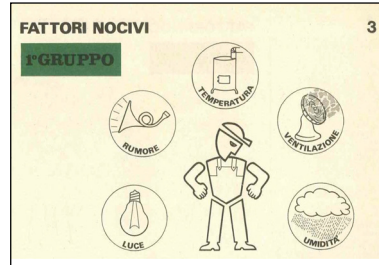
Arbeitsstoffen. Beschäftigte, Arbeitsmediziner und Gewerkschaften beginnen daraufhin eine Untersuchung der konkreten Gefährdungen, erstellen eine Liste der im Umlauf befindlichen Gefahrstoffe und fordern ihren Ersatz durch unbedenkliche Ersatzstoffe. Die konkrete Beschäftigung mit den Arbeitsbedingungen führte aber auch dazu, Einflussmöglichkeiten bei Beurteilung von Gefährdungen und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen einzufordern. Traditionell war die Beurteilung von Gefährdungen Sache der Arbeitgeber oder staatlicher Einrichtungen. Die Beschäftigten fordern nun, bei der Beurteilung der Gefährdungen am Arbeitsplatz, aber auch bei der Gestaltung der Arbeitsorganisation einbezogen zu werden, die sie als Ursache für Belastungen und Gefährdungen sehen. Dieser Ansatz wird von anderen Belegschaften aufgegriffen, unter anderem bei Fiat-Miافiori in Turin, bald aber auch in vielen anderen Regionen Italiens. Im September 1961 findet eine Konferenz in Settimo Torinese statt, auf der die Untersuchungen und die Forderungen der Beschäftigten bei Farmita-

lia vorgestellt werden – gewissermaßen die Geburtsstunde des präventiven Arbeitsschutzes. Die Verbreitung dieses Ansatzes beginnt.

Das Modell findet viel Zustimmung und praktische Unterstützung auch bei Prominenten, wie etwa dem Arbeitspsychologen Ivar Oddone, und wird von diesen aktiv unterstützt. Es wird folgend



Oben: FIM – FIOM – UILM Die Branchenverbände der drei etablierten Gewerkschaftsbünde in Italien – Sinngemäß: „Die Arbeitsumgebung darf kein gesundheitsschädlicher Faktor sein“.



Mitte: „Gefährdungen Gruppe 1 – Temperatur, Lärm, Beleuchtung, Feuchtigkeit, Raumluft“ (physikalische Arbeitsagenzien).



Unten: „Gefährdungen Gruppe 4: Erschöpfender Arbeitsrhythmus, Monotonie, repetitive Tätigkeiten – ängstigende Verantwortung – andere ermüdende Effekte“

Material zum Thema findet sich in englischer Sprache unter folgendem Link – Materialien eines Seminars vom Februar 2016: www.etui.org/en/Topics/Health-Safety/News/The-struggle-for-health-at-work-the-Italian-workers-model-of-the-1970s-as-a-source-of-inspiration

EINIGE DER GROSSEN CHEMIEKATASTROPHEN

21. September 1921. Deutschland: Explosion des Oppauer Stickstoffwerkes mit mindestens 561 Toten.

28. Juli 1948. Deutschland: Kesselwagengexplosion in der BASF mit mindestens 207 Toten.

10. Juli 1976. Italien: Seveso-Katastrophe – eine unkontrollierte chemische Reaktion setzt ungeheure Mengen Dioxin frei.

19. November 1984. Mexico: In Mexico-City sterben mehr als 400 Menschen (manche Schätzungen sagen 5-600) nach einer Kette von Gasexplosionen (San Juanico disaster). Ein explodierender Tankzug löst eine Reihe von Explosionen aus. Tausende erleiden Verbrennungen.

3. Dezember 1984. Indien: Katastrophe von Bophal – Methylisocyanat wird in einer unkontrollierten chemischen Reaktion freigesetzt, mindestens 3.800 Menschen sterben.

23. Oktober 1989. USA: im Phillips Chemiekomplex in Huston wird nach Explosion und Brand Polyethylen freigesetzt, mindestens 23 Menschen sterben und 314 werden verletzt.

21. September 2001. Frankreich: In Toulouse sterben 31 Menschen nach einer Explosion, bei der Ammoniak freigesetzt wird.

25. Dezember 2003. Volksrepublik China: In Chuangdonbei werden Erdgas und Schwefelwasserstoff bei einer

Gasbohrloch-Explosion freigesetzt, mindestens 191 Menschen sterben.

12. August 2015. Volksrepublik China: Explosionen in Tianjin setzten Natriumcyanid, Calciumcarbid und eventuell weitere Stoffe frei, mindestens 173 Menschen sterben, 797 werden verletzt.

5. November 2015. Brasilien: Der Dammbruch von Bento Rodrigues setzt eine Schlammlawine in Gang, die schwermetallhaltigen Schlamm aus dem Rückhaltebecken eines Erztagebergwerkes in die Flüsse leitet. Mindestens 16 Menschen sterben und ein Fischsterben im Rio Doce setzt ein.

Rolf Gehring, Brüssel

auch in anderen Ländern aufgegriffen und dient als Orientierung und Bezugspunkt für die jeweilige Forderungsbildung. Die erste Parole „La salute non si vende“ (sinngemäß: Die Gesundheit ist nicht zu verkaufen) ist wohl in der einen oder anderen Form in fast allen europäischen Ländern bekannt.

In den Auseinandersetzungen bei Fiat entsteht ein Leitfaden zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen, der so gestaltet ist, dass die Beschäftigten ohne viel Vorkenntnis ihre Arbeitsbedingungen selbst beurteilen können. Jede Gefährdung wird mit Illustrationen dargestellt, berücksichtigend, dass Teile der aus dem Süden kommenden Beschäftigten fast Analphabeten sind. Dieser Leitfaden wird 1969 zuerst von CGIL-FIOM veröffentlicht, aber zwei Jahre später als gemeinsames Dokument aller drei etablierten Gewerkschaftsverbände genutzt und wird in der Folge mehr als 130 000 Mal verbreitet. 1972 treffen sich 3000 Menschen in Rimini, um über Bedingungen der Fabrikarbeit, arbeitsbedingte Risiken und Wege zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu sprechen. Allein 1971 werden in 4567 Unternehmen Vereinbarungen abgeschlossen, die etwa 50% der Industriebeschäftigten abdecken. Dass die Beschäftigten selbst ihre Arbeitsbedingungen beurteilen ist zentral und weist auf das emanzipatorische Bemühen hin. Die zweite Parole lautete: „Gesundheit kann nicht delegiert werden“.

Als direkte Folge dieser Bewegung kann sicher auch das neue Arbeitsgesetz gesehen werden, das am 20. Mai 1970 von der Regierung verabschiedet wird. Artikel 9 gibt den Beschäftigten das Recht, die Einhaltung von Arbeitsschutzvorgaben am Arbeitsplatz zu überprüfen. In Artikel 18 wird ein weitreichender Kündigungsschutz für die Beschäftigten verankert, und das neue Gesetz garantiert die freie Meinungsäußerung der Beschäftigten, kein Beschäftigter darf bei der Wahl einer Tätigkeit und im Beschäftigungsverhältnis aufgrund seiner religiösen oder politischen Anschauung diskriminiert werden. Im folgenden Jahr wird ein Gesetz erlassen, das werdende Mütter schützen soll. Es beinhaltet unter anderem das Verbot der Kündigung während der Schwangerschaft und die Freistellung von der Arbeit zwei Monate vor und drei Monate nach der Niederkunft.

Letztlich haben die Konzepte der Prävention und der direkten Beteiligung über die vergangenen Jahrzehnte die Praxis des Arbeitsschutzes in wohl allen europäischen Ländern nachhaltig verändert.

Rolf Gehring/Laurent Vogel, Brüssel

„Wir brauchen keine Erlaubnis!“ – „Senza chiedere permesso!“

In mehreren Städten der Bundesrepublik wurde Ende Januar der Dokumentarfilm „Senza chiedere permesso!“ über die Arbeitskämpfe bei Fiat gezeigt. Fiat-Miافori war 1969 die größte Fabrik Europas mit 60 000 ArbeiterInnen.

Anwesend waren die Filmemacher Pier Milanese und Pietro Perroti. Letzterer arbeitete von 1969 bis 1985 als Zuständiger für Heizungs- und Belüftungsanlagen bei Fiat und hatte damit Zugang zu allen Fabrikhallen, die über ein Gelände von 32 km verstreut waren.

Der Film erzählt die bewegende Geschichte der sozialen Kämpfe um die Fiatfabrik in Italien von 1969 bis zum Ende des 35-Tage-Streiks bei FIAT 1980, der das Ende eines über 10 Jahre andauernden Kampfzyklus bedeutete. Der Streik richtete sich gegen die von Fiat angeordnete Kurzarbeit zu null Stunden für 24 000 ArbeiterInnen. Der Streik endete mit einem von der Gewerkschaft ausgehandelten Kompromiss, den die ArbeiterInnen als große Niederlage erlebten.

Quellen: www.nds.rosalux.de, http://www.rosa-luxemburg.com/wp-content/uploads/2011/10/Potere-Operaio_doku.pdf, Dokumentarfilm „Senza chiedere permesso!“



Der Film berichtet von kreativen und widerspenstigen Kommunikationsmitteln und Kämpfen und spontanen Streiks.

Protagonist des Films ist Pietro Perroti, der als junger Arbeiter nach Turin zieht, um bei Fiat zu arbeiten und politisch aktiv zu werden. Er kauft sich eine kleine Kamera, die er in die Fabrik schmuggelt, um dort den Arbeitsalltag in Bild und Ton festzuhalten. Er produzierte

aussagekräftige Dokumente der Demonstrationen, der Streiks sowie der Streikposten vor den Werkstoren. Er unterstützte die Kämpfe mit kre-

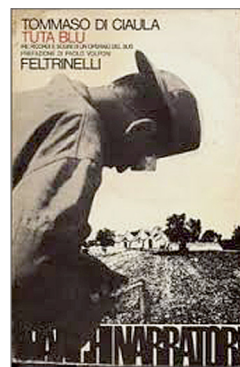
ativen, künstlerischen Beiträgen. – Der Dokumentarfilm erzählt vom Klima dieser Jahre; der massenhaften Beteiligung in der Fabrik, der Unterstützung der Kämpfe durch die Studentenbewegung, der Strahlkraft der Kämpfe hinein in die Gesellschaft und den Alltag, aber auch von den Konflikten mit Institutionen und Presse.

Edith Bergmann, Hannover

Tuta blu – „Tagebuch eines süditalienischen Bauernsohns, der unter die Arbeiter fiel“

1978 hat Tommaso di Ciaula (geb. 1941 in Adelfia bei Bari/Apulien) Tuta blu („Blauermann“), das „Tagebuch eines süditalienischen Bauernsohns, der unter die Arbeiter fiel“ veröffentlicht. – Der deutsche Titel: „Der Fabrikaffe und die Bäume“ bezieht sich auf eine Textstelle: „Worauf warten wir noch, warum stellen wir keine Affen an die Maschinen? Das würde ich Agnelli vorschlagen: die Affen in die Fabrik und die Arbeiter auf die Bäume.“

Manchmal kommt es mir so vor, als wären wir noch blöder als die Affen.“ Die dargestellte schwere Arbeit, der Zynismus der Fabrikhierarchie, die Streiks und Generalstreiks dieser Zeit, die Reflexionen über die Gewerkschafts- und politischen Bewegungen, Erinnerungen an den Großvater, das Leben auf dem Land, das Licht, das Meer, die Luft außerhalb der Fabrik liefern ein lebendiges Bild aus der Zeit und auch aus der Region Calabrien – jeder, der dort schon einmal die Betonwüsten gesehen hat, fühlt sich durch Ciaulas Beschreibung dorthin versetzt. Der Bauer muss



in die Fabrik, die Fabriken werden wie Fremdkörper in Landschaften hineingesetzt, die Arbeitsbedingungen würdigen die Menschen herab. Ciaula macht mehr: wie die Menschen ihren Alltag leben und sich nicht als nur Arbeiter begreifen: sie sind mehr als das!

Ciaulo selbst ist dieser tagebuchschreibende Arbeiter – der Enkel von Bauern, der Sohn eines Carabinieri. Ciaulas Aufzeichnungen in Tuta Blu umfassen

mehr als den Arbeitsalltag. Es muss sich was ändern, das spricht aus jeder Zeile. Ciaula schreibt sich seinen Zorn über vieles von der Seele, man begreift vieles über die sozialen Verhältnisse in Süditalien. Die Verfilmung (1987) durch F. Furtwängler mit A. Haber in der Titelrolle wird von Claudius Seidl damals in der „Zeit“ besprochen: „Tommaso Blu‘ schwafelt nicht nur von der Freiheit – er lässt sie auch seinen Zuschauern: die Freiheit, sich selbst ein Bild zu machen.“ Dies trifft auch für das Buch zu.

Eva Detscher, Karlsruhe

Neuere Besprechungen in Italienisch: <https://rebstein.wordpress.com/2009/01/16/per-il-trentennale-di-tuta-blu-omaggio-a-tommaso-di-ciaula/>

Inhalt

Aktuelles

Asylpolitik: Entscheidung Thüringens ist richtig und wichtig • Brexit nun beschlossene Sache • Demokratischer Kongress der Völker

Linke Baden-Württemberg wählt Landesliste zu den Bundestagswahlen

Frankreich wählt einen neuen Staatspräsidenten

Die US-Verfassung wird zum Gefechtsfeld innerhalb der föderativen Union

EU-Krebsrichtlinie: Grenzwert-Konflikte

Bangladesch: Skandalöse Massenentlassungen

Auslandsnachrichten

Österreich: Überlastung der BriefträgerInnen • Schweiz: Teilerfolg für die Generali-Angestellten • Belgien: wegen Hotelrenovierung 200 Beschäftigte arbeitslos • Großbritannien: Sieg bei Harrods! • Ukraine: Transportarbeiter kämpfen gegen Union Busting • Türkei: Sieg für Metallarbeiter • Ägypten: Unabhängige Ifco-Gewerkschaft unter Beschuss • Treffen US-amerikanischer und deutscher Fastfood-Mitarbeiter • Honduras: Frischfruchtgigant tritt Rechte mit Füßen

Aktionen ... Initiativen

Globaler Fonds zur gegen Aids, Tuberkulose und Malaria • EU-Gipfel: Nicht Fluchtrouten abriegeln, sondern Vertriebene schützen • Humanitärer Appell von PRO ASYL und Paritätischem Wohlfahrtsverband • Demo gegen das G20-Außenministertreffen • Weit entfernt von fair: Bekleidungsindustrie von Myanmar

Wohnungspolitische Strategie der Stadt Mannheim vor einer Neuausrichtung?

Kommunalpolitik, Thema Wohnen

Meldungen aus Hamburg • Bochum • Dortmund • Frankfurt a.M. • München • Hannover • Deutscher Städtetag • Deutscher Städte- u. Gemeindebund

Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst Länder

GEW NRW zum Volksbegehren „G9 – jetzt!“: Der falsche Weg!

Presselese

Das NPD-Urteil ist ein Bärendienst für die Demokratie!

Hamburger Bürgerschaft zum Thema Staatsverträge / staatsbürgerliche Rechte der Muslime

Jahrestagung des Vereins

Kalenderblatt Italien 1961: Prävention am Arbeitsplatz

Die Berufsverbote – ein unrühmliches Kapitel in der deutschen Geschichte

Anlässlich des 45. Jahrestages des Radikalerlasses, der am 28. Januar 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer beschlossen worden war, führte das Bündnis „Berufsverbote Hessen“ eine Kundgebung vor dem Hessischen Landtag durch.

Das Bündnis besteht aus IG Metall Bezirk Mitte, Verdi Landesbezirk Hessen, GEW Landesverband Hessen und VVN-BdA Landesvereinigung Hessen. Die genannten Gewerkschaften haben inzwischen alle auf Spitzenebene gefordert, dass die politische Bespitzelung von Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten wollen, beendet wird und dass die von Berufsverboten Betroffenen rehabilitiert werden.

Das Bündnis fordert ...

1. die Rehabilitierung der Berufsverbote-Betroffenen! Den meisten Betroffenen hat nie ein Gericht bestätigt, dass ihnen Unrecht zugefügt wurde!

2. eine finanzielle Entschädigung durch die Landesregierung! Wer mit einem Berufsverbot belegt war, war oft jahrzehntelang gehindert; den gewählten Beruf auszuüben. Noch heute müssen Betroffene auf Renten- oder Pensionsansprüche verzichten.

3. die politische Rehabilitierung: Endlich muss eingestanden werden, welcher Schaden durch den Radikalerlass für die demokratische Entwicklung in diesem Land entstanden ist.

4. Einsicht, Herausgabe und Vernichtung der Verfassungsschutz-Akten! Noch heute werden ehemals Betroffene unter fadenscheinigen Begründungen vom Verfassungsschutz bespitzelt und die Akteneinsicht verweigert!

Eine grundsätzliche Aufarbeitung des Unrechts, das mit den Berufsverboten verbunden war und ist, ist bis heute unterblieben. Es bestehen immer noch Gesetze, die solche Berufsverbotsverfahren

ren möglich machen, wie aktuelle Fälle beweisen!

Die Linke hat im Landtag einen Antrag mit folgenden Forderungen gestellt, der am 22.2. abgestimmt werden soll: „Vor diesem Hintergrund stellt der Landtag fest, – dass der sogenannte Radikalerlass in Hessen faktisch aufgehoben wird, – dass politisch motivierte Berufsverbote, Bespitzelungen und Verdächtigungen nie wieder Instrumente des demokratischen Rechtsstaates sein dürfen, – dass die Umsetzung des sogenannten Radikalerlasses ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Hessens darstellt und das Geschehene ausdrücklich bedauert wird, – dass die von hessischen Maßnahmen betroffenen Personen durch Gesinnungshörhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit vielfältiges Leid erleben mussten, – dass er den Betroffenen Respekt und Anerkennung ausspricht und sich darüber hinaus bei denen bedankt, die sich z.B. in Initiativen gegen Radikalerlass und Berufsverbote mit großem Engagement für demokratische Prinzipien eingesetzt haben. Der Landtag wird – nach dem Beispiel des Landtages in Niedersachsen – eine Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von hessischen Berufsverboten betroffenen Personen und der Möglichkeiten ihrer politischen, gesellschaftlichen und materiellen Rehabilitierung einrichten. In dieser Kommission sollen neben Mitgliedern des Landtags auch Betroffene, Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Initiativen beteiligt werden. Ebenso ist eine wissenschaftliche Begleitung vorzusehen. Ziel ist die politische und gesellschaftliche Aufarbeitung und die öffentliche Darstellung der Kommissionsergebnisse und die weitere Verwendung im Rahmen der politischen Bildung in Hessen.“

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)



Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 8. und 9. April 2017 (Wochenende vor Ostern) im Jugendgästehaus in Mannheim

Ausführliche Ankündigung siehe Seite 21.

Anmeldung per Mail erbeten an: alfred.kuestler@gnn-verlage.com bitte mit der Angabe, ob eine Übernachtung gewünscht wird.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 16. März 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 10. März. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2017: 16. März, 13. April, 11. Mai, 6. Juli, 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.